

Organisatorische Hinweise

Tagungsort

Wissenschaftszentrum Kiel
Fraunhofer Straße 13
24118 Kiel

Zeit

Donnerstag, 14. Januar 2010
9.00 – 17.00 Uhr

Teilnahmegebühr

Die Tagungsgebühr beträgt 20 €, für Studierende 5 €.
Die Tagungsgebühr ist am Veranstaltungsort zu entrichten

Anmeldung

Diakonisches Werk Schleswig-Holstein
Landesverband der Inneren Mission e.V.
Petra Clasen
Telefon 04331/593243
Fax 04331/593-35243
clasen@diakonie-sh.de

Anmeldeschluss ist der 8. Januar 2010

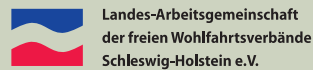
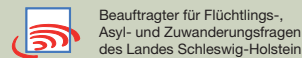
Name: _____

Institution: _____

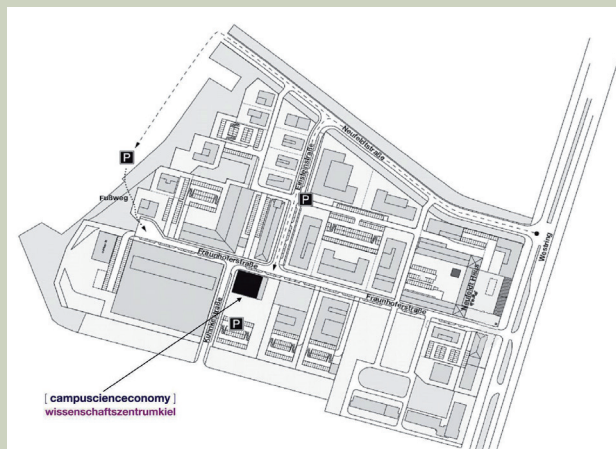
Telefon/Fax: _____

eMail: _____

Veranstalter



Zu der Landes-Arbeitsgemeinschaft gehören



Von der multikulturellen Gesellschaft zum Integrationsmonitoring?



Foto © panthermedia.net

Eine kritische Auseinandersetzung mit dem Integrationsdiskurs

14. Januar 2010
9.00 - 17.00 Uhr

Wissenschaftszentrum Kiel

Von der multikulturellen Gesellschaft zum Integrationsmonitoring?

Nachdem lange ignoriert wurde, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, ist die politisch-öffentliche Diskussion über Migration und Integration zu begrüßen.

Gesellschaftliche Teilhabe und Chancengleichheit von Migrantinnen und Migranten und deren Nachkommen sind eine Daueraufgabe für das Gelingen einer modernen Gesellschaft.

Allerdings wirft der aktuelle Diskurs einige Fragen auf.

So werden Menschen mit einer Zuwanderungsgeschichte häufig undifferenziert als integrationsbedürftig und bildungsfern betrachtet. Ein „Migrationshintergrund“ erscheint als problembehaftet oder defizitär. Die Diskussion wird kulturalisiert geführt.

Die Tagung befasst sich mit der Debatte über Integration. Um welches Verständnis von Integration geht es? In welchen Bereichen bestehen Exklusionsmechanismen?

Wo verläuft die Grenze zwischen einer Ethnisierung sozialer Probleme und einer Tabuisierung tatsächlicher Konflikte? Inwiefern unterscheidet sich die deutsche Diskussion von der in anderen Ländern? Wie wirkt sich die Art und Weise, wie die Debatte geführt wird, auf Menschen mit einer Zuwanderungsgeschichte aus?

Ziel der Tagung ist eine kritische Bestandsaufnahme der aktuellen Diskussion und ihrer Wirkung auf die „Betroffenen“ und die Mehrheitsgesellschaft.

Die Tagung richtet sich an die Fachöffentlichkeit aus Politik, Wissenschaft und Wohlfahrtsverbänden, die Beratungspraxis, an Migrantenorganisationen und Medien.

Das Programm

9.00 Anreise und Stehkafee

9.30 Begrüßung:
Prof. Dr. Anja Pistor-Hatam,
Dekanin der Philosophischen Fakultät der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und **Georg Falterbaum**,
Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände Schleswig-Holstein

9.45 Einführung und Moderation:
Prof. Dr. Uta Klein,
Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

10.00 Integrationskonsens und Einwanderungsstillstand – Auswege aus dem Dilemma
Prof. Dr. Dietrich Thränhardt,
Westfälische Wilhelms-Universität Münster
Vortrag und Diskussion

11.00 Von Multikulturalität zu Diversity. Neue Formeln für alte Verhältnisse?
Dr. Nevim Cil, Migrationsforscherin, Berlin
Vortrag und Diskussion

12.00 Mythen der Integrationsdebatte
Prof. Dr. Hartmut Esser,
Universität Mannheim
Vortrag und Diskussion

13.30 Mittagspause

14.30 Arbeit in Workshops

1 Ist Integration messbar? Sinn und Hintersinn von Integrationsmonitoring
Impulsreferat:
Rainer Ohliger,
Netzwerk Migration in Europa
Moderation: Michael Treiber

2 Das Bild ethnischer Minderheiten in den Medien
Impulsreferat:
Dr. Daniel Müller,
TU Dortmund
Moderation: Doris Kratz-Hinrichsen

3 Integrationsdruck und Selbstzuschreibungen bei MigrantInnen
Impulsreferat:
Dr. Nevim Cil, Berlin
Moderation: Torsten Döhring

16.15 Schadet die Integrationsdebatte der Integration?
Tagungsbeobachtung und Bewertung
Prof. Dr. Ursula Neumann,
Universität Hamburg

17.00 Ende und Ausklang

Stichworte aus dem Grußwort von Georg Falterbaum, Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände Schleswig-Holstein

- Die Wohlfahrtsverbände in Schleswig- Holstein waren an der Erarbeitung des Integrationskonzeptes der Landesregierung Schleswig-Holstein im Jahre 2002 aktiv beteiligt. Der damals definierte Begriff von Integration ist unseres Erachtens nach wie vor aktuell und gültig:
„Die Landesregierung versteht unter Integration weit mehr als ein freundliches Nebeneinander von Menschen. Sie strebt als Ziel der Integration vielmehr eine Kultur des Respekts und des gleichberechtigten Miteinanders an. Integration heißt aber auch, dass für alle hier Lebenden die im Grundgesetz festgelegten Rechte und Pflichten die verbindende Grundlage sind, auf deren Basis Verschiedenheit akzeptiert werden kann. Eine Kultur des Respekts bedingt, dass Unterschiede wahrgenommen und ausgehalten werden müssen. Integration bedeutet daher keineswegs das Verschwinden von eigener Herkunft und Identität. Es handelt sich um einen zeitlich unbegrenzten gesamtgesellschaftlichen Lernprozess.“
- Integration ist somit ein beidseitiger Prozess, der Anforderungen an Menschen stellt, die nach Deutschland zuziehen bzw. zugezogen sind **und** an die einheimische Bevölkerung sowie die Institutionen der hiesigen Gesellschaft.
- Integration bedeutet für uns die gleichberechtigte Teilhabe und Partizipation auf Augenhöhe aller Menschen in unserer Gesellschaft- unabhängig vom Migrationshintergrund.
- Dabei soll die Schranke zwischen dem „wir“ und den „anderen“ überwunden werden, die immer noch in den Köpfen steckt: Als Ziel soll ein „wir“ ohne Kategorisierung und Stigmatisierung angestrebt werden.
- Die Wohlfahrtsverbände in Schleswig- Holstein bieten bereits seit Jahrzehnten Beratung und andere integrationsfördernde Maßnahmen für Menschen mit Migrationshintergrund an. Dabei spielt die interkulturelle Öffnung aller sozialen Dienste, Einrichtungen und Angebote eine zentrale Rolle.
- Die Wohlfahrtsverbände waren jahrzehntelang – auch in Schleswig- Holstein – die einzigen, die eine themen- und gruppenorientierte Integrationsförderung angeboten und dazu politische Forderungen aufgestellt haben. Erst mit den Vorarbeiten zum neuen Zuwanderungsgesetz (2000/01) hat der Staat dieses Thema für sich erkannt und aufgegriffen. Darauf weist ausdrücklich beispielsweise Prof. Bade hin und warnt nun vor einer Monopolisierung der konzeptorientierten Integrationsarbeit durch den Staat.
- Eine zentrale Frage der Integrationsdebatte ist für uns die Frage, wie diese Debatte bei den Menschen ankommt, über die wir sprechen. Bleibt es bei einem Sprechen über die Migrantinnen und Migranten? Sprechen wir mit einigen ausgewählten VertreterInnen? Oder ist hier ein echter Dialog auf Augenhöhe vorgesehen, wie ihn die Wohlfahrtspflege schon immer gefordert hat?
- Dazu gehört, dass die positiven Aspekte von Zuwanderung für unsere Gesellschaft stärker hervorgehoben werden müssen. Damit bekommt das Thema Migration einen anderen Fokus: Weg von der „Problembefahrung“ hin zur „gesellschaftlichen Bereicherung“. Menschen mit Migrationshintergrund haben regelmäßig besondere, spezielle Ressourcen und dürfen nicht auf vermutete Defizite reduziert werden.

- Die Wohlfahrtverbände waren jahrzehntelang die einzigen Organisationen, die für die Integrationsarbeit vorrangig Menschen mit Migrationshintergrund beschäftigt haben und sind auch heute federführend bei der interkulturellen Öffnung sozialer Dienste und Angebote.
- Die Wohlfahrtverbände lassen sich heute nicht die Rolle eines Erfüllungsgehilfen staatlicher Vorgaben zuweisen, sondern haben zur Frage der Integrationsförderung eigene Vorstellungen und Arbeitsweisen.
- Mit dieser Veranstaltung wollen wir deutlich machen, dass wir uns nicht nur an der Ausführung staatlicher Programme aktiv und konstruktiv beteiligen, sondern unsere eigenen Kompetenzen und inhaltlichen Erfahrungen einbringen. Dazu fordern wir Politik und Verwaltung auf allen Ebenen zum konstruktiven Dialog auf- auch hier auf Augenhöhe.

Begrüßung und Einleitung

Prof. Dr. Uta Klein

**Von der multikulturellen Gesellschaft
zum Integrationsmonitoring**



- so lautet unsere Konferenz heute, zu der ich Sie herzlich begrüße. Wir freuen uns, wie viele trotz des Schnees den Weg hierhin gefunden haben. Ich heiße vorab den Beauftragten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen des Landes Schleswig-Holstein, Wulf Jöhnk, Mitveranstalter unserer Tagung, willkommen. Auf den Hintergrund der Konferenz, auf die Überlegungen der Veranstaltergemeinschaft im Vorfeld, die Konzeption und auch einige organisatorische Fragen werde ich nachher noch eingehen.

Zunächst freue ich mich, dass die Dekanin der Philosophischen Fakultät der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Professorin Dr. Pistor-Hatam, ein Grußwort spricht. Sie hat nicht nur ein wissenschaftliches Interesse an dem Thema - Frau Pistor-Hatam ist Islamwissenschaftlerin - sondern auch ein persönliches Interesse an Themen wie Integration, Abbau von Vorurteilen und Abbau von Rassismus.

[Grußwort Prof. Dr. Pistor-Hatam]

Uns wird nun Georg Falterbaum begrüßen, der Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände Schleswig-Holstein.

[Grußwort Georg Falterbaum]

Diese Veranstaltung wird getragen von der Landesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände, vom Beauftragten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen und von dem Institut für Sozialwissenschaften der Universität.

Konzipiert und vorbereitet wurde sie von Thorsten Döhring (Vetreter und Mitarbeiter des Zuwanderungsbeauftragten), Kirsten Levsen (DRK Landesverband), Renate Wegner (Diakonie) und mir – Uta Klein (Institut für Sozialwissenschaften, CAU). Der Austausch zwischen Praxis und Wissenschaft ist ein Anliegen der Veranstaltergruppe. Wir fühlen uns durch die Resonanz bestärkt, da sich politisch Tätige (ich begrüße Herrn Lehnert, den neuen Beauftragten für Integration *in* Schleswig-Holstein, die Landtagsabgeordneten, und auch Ratsmitglieder der Stadt Kiel), Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Fachberatungsstellen, Beschäftigte in öffentlichen Einrichtungen, auch aus privaten Betrieben, Studierende der Soziologie, der Sozialpädagogik und anderer Fächer, Dozenten und Dozentinnen angemeldet haben. Für die Fachkräfte ist diese Tagung das Angebot, von der täglichen Arbeit einen Schritt zurückzutreten und zu reflektieren, wo die Gesellschaft hinsichtlich der Migrationsfragen steht. Für die nicht in der Migrationsarbeit Involvierten ist sie das Angebot, zu erfahren, welche Fragen und Probleme in der Beratung von Migrantinnen relevant sind und mit welchen Fragen, Problemen und Einschätzungen Personen mit Migrationshintergrund befasst sind.

Der Begriff Integration, aber auch weiter gefasst Aspekte von Migration sind heute in aller Munde – es erscheinen Artikelserien in Zeitschriften und Zeitungen, die Bundeskanzlerin lud zu Integrationsgipfeln in Berlin ein, Stiftungen haben einen Sachverständigenrat für Integration und Migration gegründet. Es wird an Integrationsplänen, -barometern, -indikatoren gearbeitet. Das ist noch gar nicht so lange der Fall. Zwar gab es Forderungen an eine Integrationspolitik bereits seit den 60er, 70er Jahren. Zunächst wurde diese von Arbeitsmigranten und –migrantinnen selber formuliert, die damals als Gastarbeiter betrachtet und bezeichnet wurden. Aber auch Politiker und Politikerinnen mahnten vereinzelt Integrationsbestrebungen an. So entwarf Heinz Kühn, der erste Ausländerbeauftragte der Bundesrepublik 1979, eine Denkschrift über die „Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien in der Bundesrepublik“ - das so genannte Kühn-Memorandum. Der fortschrittliche und realistische Gedanke jedoch, der darin steckte, anzuerkennen, dass es sich bei der Einwanderung eben *nicht* mehr um eine Einwanderung auf Zeit („Gastarbeiter“) handele und daher eine aktive Integrationspolitik dieser Bevölkerungsgruppe Bleibeperspektiven eröffnen müsse – dieser Gedanke wurde im breiten gesellschaftlichen und politischen Diskurs damals nicht aufgegriffen.

Dies ist heute geklärt. Der Begriff Integration ist begleitet von der Erkenntnis und Akzeptanz, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist und damit wird auch eine „Veralltäglicdung“ (Treibel 2008) von Migration ausgedrückt, ein Bekenntnis zur Normalität. Diese Erkenntnis geht einher mit Fragen nach dem *Zusammenhalt* der Gesellschaft (Integration als Begriff meint ganz allgemein den Grad an Zusammenhalt) und den *Teilhabemöglichkeiten* aller Mitglieder dieser Gesellschaft.

Gleichwohl – trotz vieler unbestreitbar positiver Aspekte – ist einiges an dieser neuen Integrationsdebatte fraglich, unbefriedigend und durchaus auch besorgniserregend.

Das ist zum einen die undifferenzierte Verwendung des Begriffs Migrant/Migrantin oder Mensch mit Migrationshintergrund – letzteres doch eher ein Ausdruck, der eher eine Unsicherheit transportiert, den korrekten Begriff zu finden. Ca. 15 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund leben in Deutschland, das sind etwas weniger als 19 Prozent der Bevölkerung. Darunter sind deutsche Staatsangehörige und nicht Deutsche, Junge und Alte, Nachkommen von Landbevölkerung, Nachkommen von Beamten, Nachkommen von Arbeiterinnenfamilien, die Musikerin chinesischer Herkunft, die Journalistin türkischer Herkunft, der serbische Deserteur, der afrikanische Flüchtling, die ukrainische Physiklehrerin. So leben in Frankfurt etwa Menschen aus 160 Ländern. In Medienberichten und durchaus auch in Politikerreden verschmelzen sie zu einer homogenen Gruppe, „man dichtet ihnen die gleichen Probleme an und diskutiert gleiche Lösungen für sie“ (Forudastan in „Die Zeit“ v. 30.7.2009). Und so mahnt die WDR-Moderatorin beim Deutschlandfunk, Ferdos Forudastan, an: „Wir sind nicht alle Fatma“ und wehrt sich gegen die Sichtweise, dass besonders alle Migrantinnen als fremd, als unterdrückt und als hilfsbedürftig dargestellt werden.

Migration – so der zweite Grund des Unbehagens unserer Vorbereitungsgruppe – wird en gros als Ausweis zur Hilfsbedürftigkeit, zum Defizitären betrachtet. Da werden die fließend deutsch sprechenden Töchter eines leitenden Ingenieurs (türkischer Herkunft) von der Schule automatisch in die Förderstunden für Einwandererkinder gesteckt. Solche Debatten werden

dominiert vom Scheitern der Integration bestimmter Bevölkerungsgruppen. Mit dieser mangelnden Differenzierung geht – das ist der weitere Punkt unseres Unbehagens, der in den Vorbereitungstreffen zur Sprache kam – eine *Kulturalisierung* einher. Die Aufnahmegesellschaft und die Einwanderer erscheinen als jeweils homogene Kulturen, als „Wir“ und „Die Anderen“. Unterschiedliche nationale oder soziale Herkunft wird häufig unter unterschiedliche *kulturelle* Herkunft subsumiert. Dahinter steckt ein essentialistischer Kulturbegriff.

Sicherlich für viele von uns selbstkritisch muss dieses problematische Verständnis von Kultur auch für die Forderung nach und die Debatte um Multikultur in den 80er Jahren konstatiert werden. Kulturwissenschaftliche Studien zeigen heute, dass es in dem Multikultur-Diskurs zu einer Kulturalisierung, Sozialpädagogisierung bis hin zur Psychologisierung der Migrationsfrage kam (vgl. Hess/Moser 2009). Auf der anderen Seite – und darauf spielt unsere Verwendung des Begriffs im Titel an – ging es den multikulturellen Konzepten eben auch darum, erstmals die ethnische Vielfalt als etwas Positives zu würdigen und Differenzen innerhalb der Gesellschaft zu legitimieren. Wer sich am allgemeinen Multikultur-bashing beteiligt, vergisst vielleicht zu schnell, dass es dem Multikulturkonzept um Gleichberechtigung von Minderheiten und um Beseitigung von Diskriminierung ging. Auch wenn wir aus *heutiger* Perspektive wissen, dass die Überbetonung und auch Konstruktion kultureller Differenz fragwürdig war und die Diskussion sozialer *Probleme* und problematischer Entwicklungen in Migrationszusammenhängen tabuisiert wurde.

Noch etwas ist für den heutigen Diskurs zu bemerken. Die Integrationsdebatte wird stärker als früher religionisiert geführt. Während nach den Terrorattentaten vom 11. September 2001 ein Anstieg der Islamfeindlichkeit deutlich stärker in anderen Ländern festzustellen war als in Deutschland, erfolgte hier nach den Anschlägen auf den niederländischen Filmemacher Theo van Gogh 2004 durch einen Islamisten eine Mediendebatte, die Islamismus und Islam in einen Topf warf. Es geht nicht darum, religiöse Gewalt zu ignorieren oder als nicht bedrohlich anzusehen. Aber wenn es heißt „der Islam ist das Problem“, wie der Schriftsteller Ralph Giordano in Zusammenhang mit dem Kölner Moscheebau äußerte, dann handelt es sich um differenzierte Meinungsmache. Während früher von Türken, Arabern, Palästinensern die Rede war, ist heute von Muslimen die Rede. Es wird nicht selten ein Bild gezeichnet, dass Muslime *zwangsläufig*, qua ihrer Religionszugehörigkeit Einstellungsmuster und Verhaltensweisen zeigen, die nicht kompatibel mit Normen und Werten in Deutschland seien.

Um auszuloten, wie die öffentliche, die fachliche, die politische Diskussion um Integration einzuschätzen ist, sind wir heute hier. Dabei wünschen wir Veranstalter/innen, dass die vielfältige Zusammensetzung der Konferenz zu einer lebhaften Debatte führt.

Die von uns eingeladenen Referenten und Referentinnen befassen sich aus unterschiedlichen Perspektiven mit dem aktuellen Integrationsdiskurs, aus soziologischer, aus politikwissenschaftlicher Perspektive, mit einem kulturwissenschaftlichen Blick, mit einem Blick auf Medien und auf die neuen Konzepte des Integrationsmonitoring. Wir stellen die Rednerinnen und Redner jeweils vor den Beiträgen vor. Wir haben darum gebeten, dass die Beiträge am Vormittag nicht länger als 40 Minuten umfassen sollen, so bleiben nach jedem Vortrag 15-20 Minuten Zeit zur Diskussion oder für Fragen. Ich möchte hier schon zwei

Referenten des Nachmittags danken, denn sie sind sehr kurzfristig eingesprungen. In dem Workshop zu Medien sagte die Referentin Frau Weber-Menges ab. Wir sind sehr dankbar, dass wir Herrn Dr. Müller (Universität Dortmund, zuvor Universität Siegen) gewinnen konnten. Er begleitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter das Forschungsprojekt „Mediale Integration ethnischer Minderheiten“ und ist für das Thema Migration und Medien prädestiniert. Auch Rainer Ohliger stand bisher nicht im Programm. Er hat sich für den Workshop zu Integrationsmonitoring bereit erklärt – was uns sehr freut, da er sowohl im Netzwerk Migration in Europa aktiv ist als auch als Historiker und Soziologe sich mit Einwanderung und Einwanderungspolitik befasst hat. Last not least möchte ich auch vorweg Prof. Dr. Ursula Neumann für ihre Teilnahme danken. Frau Neumann ist an der Universität Hamburg im Fachbereich Erziehungswissenschaften und seit langem in der Forschung und Lehre zur interkulturellen Bildung, u.a. zu Bildungs- und Sozialisationsprozesse von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund tätig. Frau Neumann ist außerdem Mitglied im Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration. Sie wird heute als Beobachterin an der Konferenz teilnehmen und im Anschluss an die Arbeitsgruppen ihre Eindrücke, ihre Analyse der Diskussionen und Vorträge wiedergeben.

Nun aber zu unserem ersten Beitrag und ersten Referenten.

Prof. Dr. Dietrich Thränhardt, Westfälische Wilhelms-Universität Münster

hatte dort bis zu seiner Emeritierung eine Professur für "Vergleichende Regierungslehre und Migrationsforschung" inne. Migrationsforschung gehört zu seinen Forschungsschwerpunkten. Er hat dazu in Münster, in den Niederlanden und im vergangenen Jahr an der Transatlantic Academy, Washington gearbeitet. Seine Publikationen widmen sich u.a. der Integrationspolitik, Einwanderer-Netzwerken, Rahmenbedingungen, Motiven und Perspektiven der Einbürgerung. Herr Thränhardt hat ebenfalls lokale Integrationsprogramme evaluiert.

Vortrag:

**Integrationskonsens und Einwanderungsstillstand:
Auswege aus dem Dilemma**



Integrationskonsens und Einwanderungsstillstand

Dietrich Thränhardt

Kiel

14. Januar 2010

Alle sind für Integration

- Integrationskurse
- Integrations- und Einbürgerungstests
- Integrationsindikatoren, Evaluationen
- „nachholende Integration“
- Deutschland das Land mit der höchsten Zustimmung der Bevölkerung zur Migrationspolitik der Regierung (GMF Survey 2009)

Ende der großen Kontroversen

- Wenig parteipolitische Profilierung.
- Fokus auf Islam, Kopftuch, „Parallelgesellschaft“, besonderer Integrationsbedürftigkeit moslemischer Gruppen von links bis rechts
- Skandalisierungen im öffentlichen Diskurs
- Parteipolitisch aber wenig ausgenutzt (Fehlschlag: Koch 2 in Hessen)
- Keine populistisch-xenophoben Parteien wie in NL, CH, DK, A, I etc. erfolgreich

Radikaler Rückgang der gesteuerten Zuwanderung

- Ende der Aussiedler-Zuwanderung
- Sehr eingeschränkte Zuwanderung von Juden aus der ehem. Sowjetunion
- Niedrige Asylbewerberzahlen
- Sehr geringe Aufnahme von Irakflüchtlingen

Wenig freie Zuwanderung

- Wenige hundert Hochqualifizierte
- Wenig Zuwanderung aus der alten EU
- Weiterhin Beschränkung der Zuwanderung aus den neuen Mitgliedstaaten
- Rückgang der Familienzuwanderung (Sprachanforderung)
- Rigide Einschränkungen legaler Einreise nach dem Visa-Skandal 2005

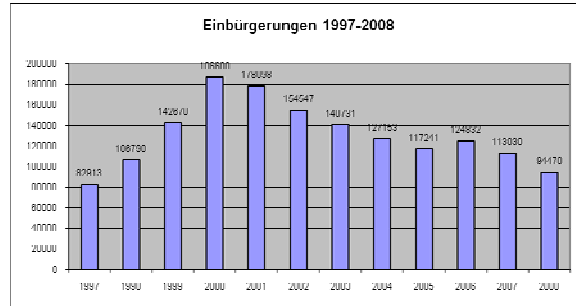
Auswanderung

- Schweiz
- Österreich
- USA/ Kanada
- Mittelmeerländer

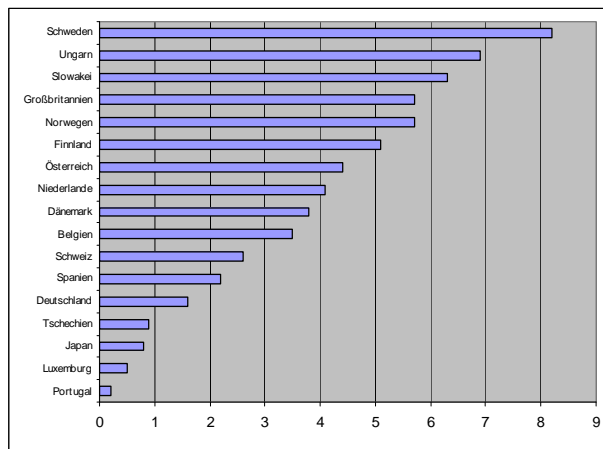
Zuwanderungsgesetz ohne Zuwanderung

- Statt massiver Einwanderung bei Doktrin „kein Einwanderungsland“
- Beginnende Kontraktion der Bevölkerungszahlen
- Seit 2009 empfindliche Rückgänge bei den Berufsanfängern in Ostdeutschland (Folge des extremen Geburteneinbruchs 1990)

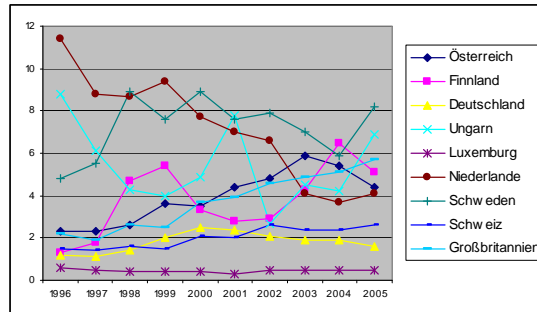
Rückgang der Einbürgerungszahlen



Einbürgerungsraten 2005 im Vergleich
 Quelle: OECD, International Migration Outlook. SOPEMI 2007, Paris 2007, 359



Einbürgerungsraten in ausgewählten europäischen Ländern 1996-2005 (%)



Einbürgerungstest Frage 219: Deutschland hat die Grenzen von heute seit...

- ↑ 1933.
- ↑ 1949.
- ↑ 1971.
- ↑ 1990.

Alle Lösungen sind falsch

- Deutschland hat seine heutigen Grenzen seit der Potsdamer Konferenz 1945. Die endgültige Anerkennung erfolgte 1990.
- *Inzwischen ist die Formulierung stillschweigend geändert worden. Die Frage lautet jetzt: „Die Bundesrepublik Deutschland...“. Damit ist die Antwort „1990“ jetzt korrekt. Sinnvoll ist die Frage aber immer noch nicht, denn die deutschen Außengrenzen sind ja 1990 nicht geändert worden, sondern die DDR ist der Bundesrepublik beigetreten.*

91: In Deutschland kann ein Regierungswechsel in einem Bundesland Auswirkungen auf die Bundespolitik haben. Das Regieren wird....

- *↑ schwieriger, wenn sich dadurch die Mehrheit im Bundestag ändert.*
- *↑ leichter, wenn dadurch neue Parteien in den Bundesrat kommen.*
- *↑ schwieriger, wenn dadurch die Mehrheit im Bundesrat verändert wird.*
- *↑ leichter, wenn es sich um ein reiches Bundesland handelt.*

Was ist keine staatliche Gewalt in Deutschland ?

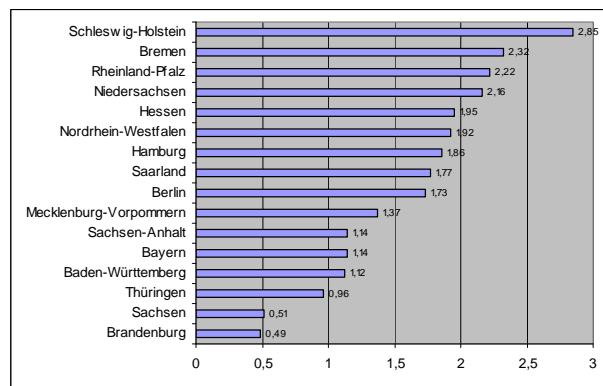
- *↑ Gesetzgebung*
- *↑ Regierung*
- *↑ Presse*
- *↑ Rechtsprechung*

33: Welche Aussage ist richtig?

- *In Deutschland...*
- *↑ sind Staat und Religionsgemeinschaften voneinander getrennt.*
- *↑ bilden die Religionsgemeinschaften den Staat.*
- *↑ ist der Staat abhängig von den Religionsgemeinschaften.*
- *↑ bilden Staat und Religionsgemeinschaften eine Einheit.*

Einbürgerungsraten der Bundesländer 2006

(Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 1, Reihe 2.1, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Einbürgerungen 2006, Wiesbaden 2007, 15, eigene Darstellung.)



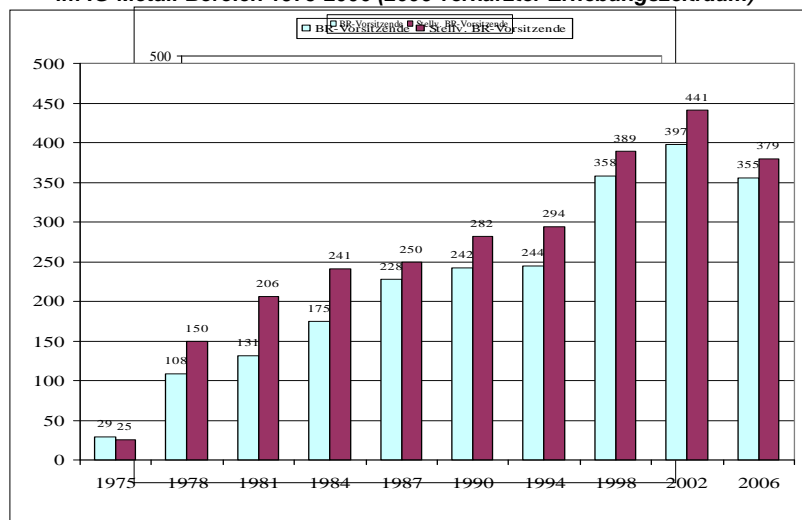
Von Hundert Ausländern wurden 2007 eingebürgert in:

- Zweibrücken 5,01 %
- Koblenz 4,41 %
- Trier 3,10 %
- Ludwigshafen 2,77 %
- Mainz 2,20 %
- Worms 2,20 %
- Kaiserlautern 1,65 %
- Frankenthal 0,56 %

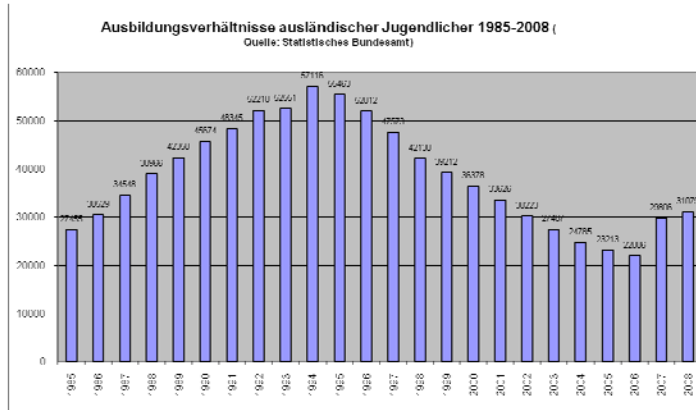
• Quelle: Stadt Koblenz, Statistisches Amt, http://www.koblenz.de/bilder/Statistik/Bevoelkerung/infoblatt_08_2009.pdf

Integration in den Betrieben, aber Abnahme der Bedeutung

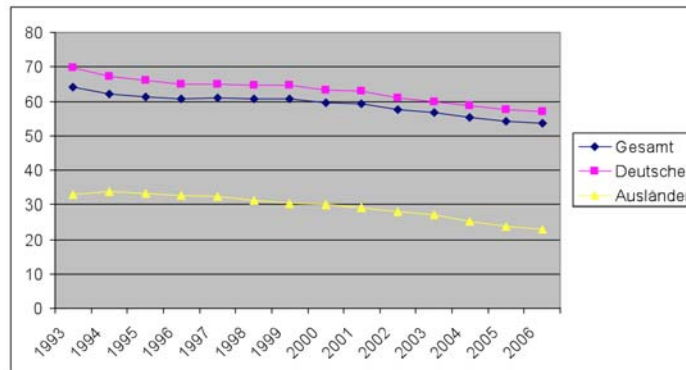
Betriebsratsvorsitzende und stellvertretende Vorsitzende ausländischer Herkunft im IG-Metall-Bereich 1975-2006 (2006 verkürzter Erhebungszeitraum)



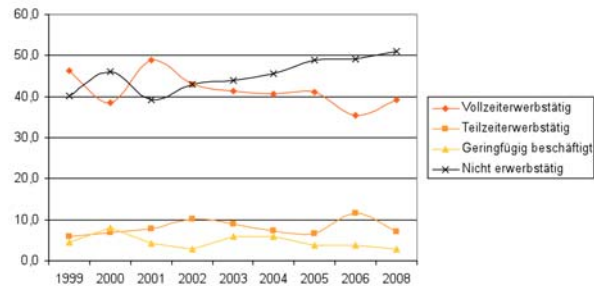
Rückgänge bei der Ausbildungsbeteiligung



Ausbildungsbeteiligung von Deutschen und Ausländer (18 bis 21 Jahre)



Negative Entwicklung bei der Beschäftigung Türkeistämmiger

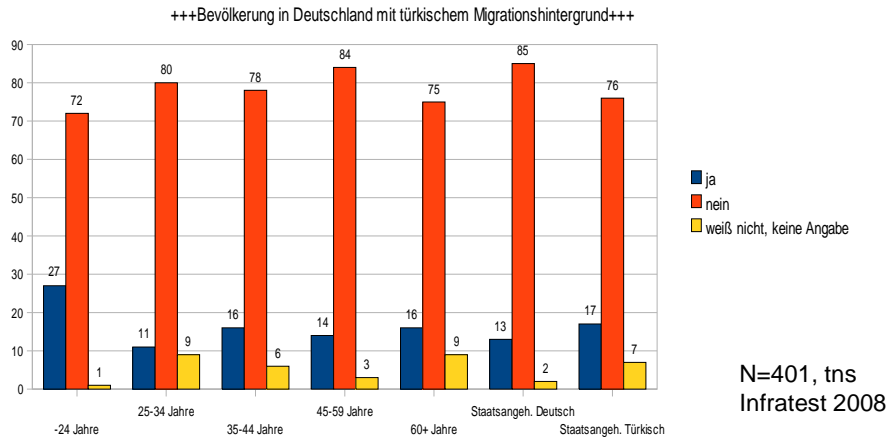


Wiederanstieg der Zahl der Geduldeten

- 137.975 Geduldete, davon 27 % Kinder
- Regelung nur für etwa 30.000 Betroffene
- Wiederanwachsen der Zahlen, weil der Stichtag immer weiter zurück liegt
- Sehr niedrige Anerkennungsquoten bei Asylanträgen
- Resultat: Stilllegung der Initiative der Betroffenen, Transferabhängigkeit

Distanz bei den „Türken“: wenig politische Teilhabe und Vertrauen

Die deutsche Bundeskanzlerin hat gesagt, sie sei auch die Kanzlerin der hier lebenden Türken. Halten Sie das für glaubwürdig?



Wenig politische Identifikationsangebote

- Insbesondere bei Türkeistämmigen und anderen Nicht-EU-Angehörigen
- Karitatives Betreuungsdenken
- Wenig politische Teilhabe
- Wenig politische Präsenz in der Öffentlichkeit
- Lange Zeit Negativkampagnen gegenüber bestimmten Zuwanderungsgruppen
- Aktivitäten von Migranten werden wenig beachtet und gewürdigt

Erfolgglose Initiativen für Ausländerwahlrecht über Jahrzehnte

- 1972 ff. Forderungen Jusos, FDP, CDA, Caritas u. a.
- 1979 Memorandum Heinz Kühn (erster Ausländerbeauftragter)
- Gesetze der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein, durchkreuzt durch Urteil des Bundesverfassungsgerichts 1990 (siehe nächstes Bild)
- Direktive 1994/80/EG. In der Folge Wahlrecht für EU-Bürger
- Regierungsprogramm von 1998
- September 2007 Gesetzentwurf Rheinland-Pfalz
- Oktober 2007 Gesetzentwurf Bündnis90/Die Grünen

Geringer Bildungserfolg der italienischen Jugendlichen

- Spanier 5,32 %
 - Griechen 4,18 %
 - Türken 2,80 %
 - Italiener 1,87 %
-
- Anteil der Studierenden an den in Deutschland geborenen Ausländern 2002
 - Quelle: Grund und Strukturdaten 2003/04

Schüler in Sonderschulen und in Realschulen/Gymnasien 2002

	Sonderschule	Realschule/Gymnasium
• Russen	3,5	58,6
• Polen	4,7	59,3
• Kroaten	5,9	58,7
• Spanier	7,7	54,3
• Bosnier	8,4	44,8
• Griechen	9,3	42,1
• Portugiesen	11,8	36,8
• Italiener	14,3	30,7
• Serben/Mont.	27,3	20,2

Beteiligung am muttersprachlichen Unterricht in NRW 2001

• Spanisch	97,2 %
• Russisch	61,2 %
• Slowenisch	55,4 %
• Portugiesisch	53,6 %
• Türkisch	53,2 %
• Griechisch	49,1 %
• Arabisch	47,3 %
• Italienisch	36,0 %
• Polnisch	26,0 %
• Albanisch	25,0 %

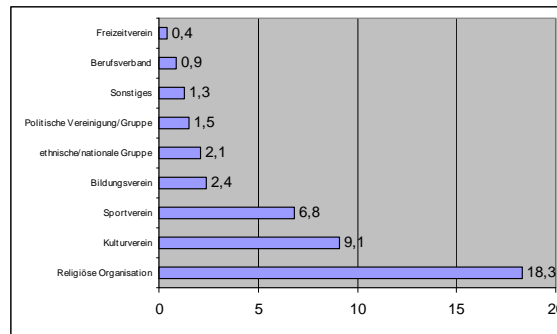
Was tun?

- Anerkennung Zeugnisse
- Einbürgerung
- Lösung bei der Optionspflicht
- Integration/ Arbeit Flüchtlinge
- Ende des Duldungsstatus, Aktivierung
- Verpflichtende Arbeitsangebote für Jugendliche

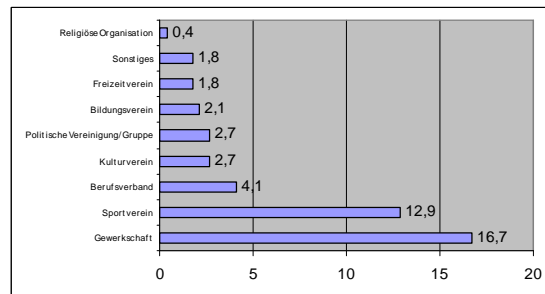
Was tun?

- Öffnung neue EU-Länder
- Schrittweise Öffnung Osteuropa
- Öffnung für Studierende aus Asien etc.
- Stipendienprogramme für Flüchtlinge in Syrien, Jordanien etc

Organisationsbeteiligung türkisch-stämmige Bevölkerung NRW: Türkische Organisationen (Halm 2007)

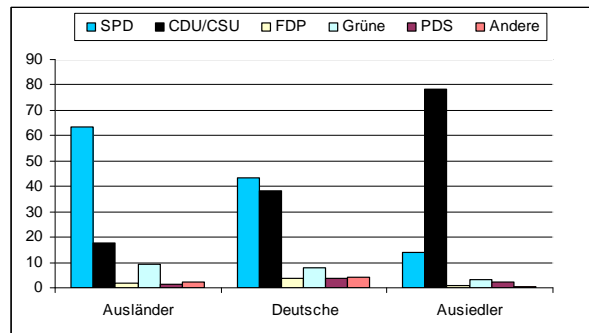


Organisationsbeteiligung türkisch-stämmige Bevölkerung NRW: Deutsche Organisationen (Halm 2007)



Parteipolitische Aufladung

Parteipräferenzen Aussiedler, Ausländer, Einheimische 2001 (SOEP 2001)



Unsere nächste Rednerin ist

Dr. Nevim Cil

Nevim Çil promovierte in der Politikwissenschaft am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin. Sie war bis 2008 als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Europäische Ethnologie an der Humboldt Universität Berlin beschäftigt. In ihrer Dissertation hat sie zu Türkischen Generationen und ihren Reaktionen auf Mauerfall und Wiedervereinigung gearbeitet. Neben weiteren Publikationen ist sie Mitherausgeberin des Buchs Insider-Outsider: Bilder, ethnisierte Räume und Partizipation im Migrationsprozess (2005).

Ihr Vortrag lautet

Von Multikulturalität zu Diversity. Neue Formeln für alte Verhältnisse?

Tagung „Von der Multikulturellen Gesellschaft

zum Integrationsmonitoring?

Eine kritische Auseinandersetzung

mit dem Integrationsdiskurs“

14. Januar 2010 im Wissenschaftspark Kiel



Vortragstitel „ Von Multikulturalität zu Diversity. Neue Formeln für alte Verhältnisse“

Dr. Nevim Çil

Migration wird meist als eine Wanderungsbewegung aus vermeintlich unterprivilegierten in die als privilegiert angesehenen Regionen dieser Erde verstanden. Für die klassischen Einwanderungsländer wie den westeuropäischen Staaten, den USA und Kanada konzentriert sich die Aufmerksamkeit auf Regulierung und Steuerung von Einwanderung, sowie auf den Wettbewerb um die „besten Köpfe“ dieser Erde. Der Wettbewerb um Hochqualifizierte unterstreicht aber auch, dass dem Ansturm aus unterprivilegierten Regionen dieser Erde vorsorglich vorgebaut wird, da die Hürde für eine (legale) Einreise sehr hoch gesetzt wird.

Entgegengesetzt der Annahme, dass bereits sehr viele Menschen vor den Toren westlicher Industrienationen stehen, führt der „Bericht über die menschliche Entwicklung“¹ der Vereinten Nationen eine andere Realität vor Augen. Der Bericht hält fest, dass sich Wanderungsbewegungen nicht auf die westliche Welt konzentrieren. Ganz im Gegenteil: „Die meisten Wanderungsbewegungen weltweit finden jedoch nicht zwischen Entwicklungsländern und entwickelten Ländern statt, sie gehen nicht einmal über Landesgrenzen hinweg. Die überwiegende Mehrheit der Menschen wechselt den Wohnort innerhalb ihres Heimatlandes.“²

Dieser Bericht hält eindrucksvoll fest, dass eine überwiegende Anzahl von Menschen gar nicht in die klassischen Einwanderungsländer wandert, sondern in die Nachbarländer zieht – wenn nicht innerhalb des Herkunftslandes gewandert wird. Die Wanderungsbewegungen im internationalen Kontext zeigen, dass es in den klassischen, westlichen Einwanderungsländern im Wesentlichen nicht um die Frage einer aktuellen Einwanderung, sondern vielmehr um eine nachträgliche Regulierung eines Migrationsphänomens geht, das vor mehreren Jahrzehnten, meist im Rahmen von einer Anwerbspolitik, erfolgte.

In diesem Sinne haben sich Fragen bezogen auf Migration geändert. Stand während der Anwerbspolitik der Bundesrepublik in den 1950er und 1960er Jahren die Frage nach der logistischen Bewältigung der Anwerbung im Vordergrund, wie beispielsweise die Anwerbung vor Ort, Verteilung auf verschiedene Industriestandorte in verschiedenen Städten,

¹ Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. (DGVN) (Hg.): Kurzfassung: Bericht über die menschliche Entwicklung 2009. Barrieren überwinden: Migration und menschliche Entwicklung. Berlin 2009.

² Ebd., S. 7.

Unterbringung im Anwerbeland etc., steht heute die Frage nach Zugehörigkeit und Partizipation im Vordergrund.

Die aktive Wanderschaft wiederum gewinnt im Bezug auf den Migrationshintergrund an Bedeutung. Der Mikrozensus von 2005 hat zum ersten Mal die Bevölkerung nicht ausschließlich nach Staatsangehörigkeit, sondern nach dem ethnischen Hintergrund aufgeschlüsselt und ist zu dem Ergebnis gekommen, dass bereits jedes fünfte in Deutschland geborene Kind einen Migrationshintergrund besitzt. Der Anteil der 18jährigen, die einen Migrationshintergrund haben, ist sogar wesentlich höher. Die Ergebnisse des Mikrozensus` lösten reichlich Verwunderung aus. Hervorgehoben werden muss aber auch, dass sich nicht die Menschen oder ihre Hintergründe innerhalb kürzester Zeit verändert haben, sondern die Erhebungsmethoden und damit auch die Fragestellung, wie „Andersartigkeit“ zu messen ist. Das klassische Verständnis von Migration reicht also nicht mehr aus, um Verortungen und Zugehörigkeiten von Menschen mit Migrationshintergrund zu verstehen, da sie nicht aktiv gewandert sind. Vielmehr irritieren sie das Verständnis von Nation und Zugehörigkeit da ihr Hintergrund nicht als eine Mehrheits-Identität betrachtet wird.

Seitdem der Begriff Migration nicht mehr nur auf aktive Wanderung hindeutet, sondern auch auf Lebenswelten und –bezüge ausgeweitet wird, drängen aufnehmende Gesellschaften immer mehr dazu, neue Umgangsformen im Zusammenleben zu finden. Einer dieser Wege ist das Integrationsmonitoring, welches Erfolge und Misserfolge in der Annäherung der Menschen mit Migrationshintergrund an die Mehrheitsbevölkerung messen soll, um so Chancengleichheit herzustellen.

Der Zuwachs von Menschen mit Migrationshintergrund und ungleiche Migrationsabläufe, die sich auf die Aufenthaltsdauer von verschiedenen Migrantengruppen in einem sozialen Kontext bezieht, hebt nicht nur hervor, dass Migranten eine heterogene Gruppe darstellen, sondern auch, dass es sich hierbei um „super-diverse“³ Gesellschaftsformen handelt, wie es Steven Vertovec formuliert.

Bestimmte Begriffe heben einen bestimmten Teilausschnitt in der Lebensrealität von Gruppen hervor und vergrößern diese. Ansätze der Multikulturalität und Diversität bedienen sich unterschiedlichen Herangehensweisen in der Definition von herkunftsspezifischen

³ Steven Vertovec: The Emergence of Super-Diversity in Britain. In: Centre on Migration, Policy and Society. Working Paper No. 25, University of Oxford, 2006. Im Internet abrufbar unter: <http://www.compas.ox.ac.uk/fileadmin/files/pdfs/Steven%20Vertovec%20WP0625.pdf> (Zugriff 02.01.2010).

Zuschreibungen, die jedoch Machtungleichheiten reproduzieren können. Aus diesem Grund muss vorher spezifiziert werden, von wessen Gesellschaft gesprochen wird, und wessen Gesellschaft eigentlich beschrieben wird, wenn die Rede von einer multikulturellen oder einer der Diversität zugewandten Gesellschaft ist. Der Versuch, Deutschland zunächst als eine multikulturelle anschließend als eine der Diversität zugewandten Gesellschaft zu beschreiben, soll dieser Frage nachgehen.

Multikulturalität: Die Entdeckung der Kultur

Der Gedanke des Multikulturalismus setzte sich in den 1980er Jahren in Deutschland durch und wurde inspiriert von der Debatte, die zunächst in Kanada begann und vor allem von Charles Taylor angetrieben wurde.

Zeitgleich zu dieser Debatte hatten sich viele Migrantenfamilien, die in den 1950er und 1960er Jahre als so genannte Gastarbeiter nach Deutschland kamen, bereits entschlossen in Deutschland zu bleiben. Der Trend des Familiennachzugs begann mit dem Anwerbestopp im Jahre 1973 und setzte sich auch in den 1980er Jahren fort. Das Ende der Gastarbeit ist eine Folge des Anwerbstopps. Gleichzeitig legte er die Grundlage für den Beginn einer neuen gesellschaftlichen Konstellation. Aus der Übergangsbeziehung wurde eine dauerhafte Bindung. Die Unterbringung in besonderen Unterkünften⁴, die speziell für angeworbene Arbeitskräfte eingerichtet wurden und oft auf dem Fabrikgelände lagen, führte dazu, dass die betroffenen Personen fern von der Mehrheitsgesellschaft blieben. Sie waren also unsichtbar in den gesellschaftlichen Verhältnissen. Mit dem Nachzug der Familie jedoch zogen sie in nahe gelegene Stadtteile, da die Heime nur für Einzelpersonen vorgesehen waren. Der Familiennachzug ist also dem Anwerbestopp geschuldet, obwohl dieser eigentlich die Rückkehr einleiten sollte.

Diese neue gesellschaftliche Konstellation mündete mit den Jahren in eine Diskussion um Partizipation und um Einbindung in gesellschaftliche Prozesse, also um die Anerkennung der neuen gesellschaftlichen Struktur Deutschlands, die unter dem Diskurs um Multikulturalität zusammengefasst wird. Interessant ist aber auch, dass die Multikulturalitätsdebatte der 1980er

⁴ Siehe zu Gastarbeiterheimen: Anne von Oswald und Barbara Schmidt: Nach Schichtende sind sie immer in ihr Lager zurückgekehrt...“ Leben in `Gastarbeiter`-Unterkünften in den sechziger und siebziger Jahren. In: Jan Motte/Rainer Ohliger/Anne von Oswald (Hg.): 50 Jahre Bundesrepublik 50 Jahre Einwanderung. Nachkriegsgeschichte als Migrationsgeschichte. Frankfurt am Main/New York 1999, S. 184-214. Siehe auch Aytac Eryilmaz: Das Leben im Wohnheim. In: Fremde Heimat. Eine Geschichte der Einwanderung aus der Türkei. Ausstellungskatalog. Veranstaltet vom Ruhrlandmuseum und Dokumentationszentrum und Museum über die Migration aus der Türkei (DoMiT) e.V. Essen 1998.

Jahre auch eine Hervorhebung von kulturellen Unterschieden mit sich brachte. Der damit einhergehende Kulturdeterminismus und die darüber geleistete Abgrenzung der Dominanzgesellschaft ist hier nicht zu unterschätzen. Verfechter der deutschen Multikulturalitätsdebatte (meist politische Gruppierungen) versuchten sich von der nationalsozialistischen Vergangenheit abzugrenzen. Die Multikulturalitätsdebatte legitimierte nun die Daseinsberechtigung aller Kulturen in Abgrenzung zum nationalsozialistischen Verständnis einer Allmacht der deutschen Kultur. Multikulturalität bedeutete also Befreiung aus den Fängen der nationalsozialistischen Geschichte. Gleichzeitig war dies der Beginn, Kultur und kulturelle Differenzen deutlich zu sehen und zu benennen. Mit der Multikulturalitätsdebatte wurde die kulinarische Vielfalt entdeckt, und gleichzeitig symbolisiert sie die Geburtsstunde der Ethnisierung von Menschen mit Migrationshintergrund.

Das Nebeneinander von Kulturen – und nichts anderes bedeutete der Multikulturalismus in Deutschland – erhob zwar den Anspruch eines Miteinanders, formulierte aber zwei wesentliche Grundprobleme, die ungelöst blieben: Es beschränkte Menschen mit Migrationshintergrund auf die Ethnie und wies ihnen den gesellschaftlichen Raum zu, der ihrer vermeintlichen Ethnie entsprach. Diejenigen, die dem zugewiesenen gesellschaftlichen Raum entsprachen wurden zumindest geduldet. Es fand eine Art „Ali-sierung“ der „Ausländer“ statt. Der „Ali“ ist als ein Resultat aus Zuweisungen und der Beschränkung des gesellschaftlichen Spielraums auf ethnische Verhaltensmuster zu verstehen. Das (Fremd-)Bild des „Alis“ muss sich dabei nicht notgedrungen mit den realen Lebensumständen der Betroffenen decken. Ganz im Gegenteil: Zuweisungen und Beschränkung sagen noch nichts über die Bedürfnisse, Bemühungen, Verhaltensweisen, aber auch Probleme dieser Menschen aus. Das ethnisierte Bild des sog. „Ausländers“ erhält jedoch eine bestimmte Funktion in der sozialen und ökonomischen Machtbalance. Ihm werden die Funktionen zugeschrieben, die dem eigenen diametral entgegenstehen. Dem eigenen wird die moderne, aufgeschlossene und weltoffene, dem „Fremden“ hingegen die traditionelle und patriarchal strukturierte Welt zugeschrieben. Die Ambivalenz in der Zuschreibung und Gewichtung impliziert gleichzeitig, dass die eine Seite auf Hilfe von außen angewiesen ist. Die lineare Vorstellung von Fortschritt und Moderne wird übrigens dem imaginierten „Ali“ zum Verhängnis.

Die Hilfe, die ihm zuteil wurde, beschreibt das zweite Grundproblem in der Multikulturalität: Denn gleichzeitig schuf der Multikulturalismus auch einen Habitus, der vor allem Mitglieder aus der Mehrheit zu Gewinnern machte. Man profitierte von vielfältigen kulinarischen

Köstlichkeiten, setzte sich gegebenenfalls für die „Ausländer“ ein, die damals der Sprache kaum mächtig waren und konnte sich damit der Idee nahe fühlen, tatsächlich eine neue Gesellschaft aufzubauen, in der Partizipation trotz unterschiedlicher Kultur großgeschrieben wurde. Die eigene Befreiung aus der historischen Verstrickung ging einher mit der Etablierung von asymmetrischen Beziehungen und der Entmündigung der neuen Bürger.

Die Überbetonung der kulturbezogenen Ethnie wurde zu einem Problem, denn die Menschen, die als Gastarbeiter in den 1950er und 1960er Jahren nach Deutschland gekommen waren, reagierten tatsächlich aus ihrer Ethnie heraus und formulierten daraus ein „Wir“, da ihnen kein anderer gesellschaftlicher Ausdrucksrahmen zur Verfügung stand. Diejenigen, die heute zum Problem erklärt werden, da sie in einer so genannten Parallelwelt leben würden, reagieren streng genommen so, wie es der Multikulturalismusgedanke vorgab.

Das Problem in Bezug auf den Begriff „Multikulturalismus“ ist im Grunde genommen nicht die Idee an sich, sondern die Art und Weise, wie sie in Deutschland umgesetzt wurde. Die Debatte um Multikulturalität hat es einerseits geschafft, die Unsichtbaren dieser Gesellschaft, die damaligen „Gastarbeiter“, zu sichtbaren Subjekten zu machen - ein gesellschaftlicher Akt, der ohne Frage nicht zu unterschätzen ist. Gleichzeitig müsste man hier „sichtbare Subjekte durch „sichtbare Objekte“ ersetzen, da die Betroffenen entmündigt wurden und die Grenze der Sichtbarkeit entlang der Herkunft und der vermeintlichen Kultur der Neuankömmlinge definiert wurde, die den Betroffenen zum Verhängnis wurde.

Diversität: Die Neuentdeckung der Herkunft

In den aktuellen Debatten um Migration wird der Begriff der Multikulturalität durch den der Diversität ersetzt. Diversität umfasst allerdings vielmehr als die Unterschiede in Bezug auf Kultur und Ethnie. Sie betont einen ganzheitlichen Ansatz, bei dem Geschlecht, Alter, Behinderung, sexuelle Orientierung und ethnische Herkunft die Vielfalt und damit das Potential einer Gesellschaft bedeutet.

Im Kontext von Herkunft versucht der Diversitätsansatz sowohl die Realität der Einwanderung zu betonen, als auch gleichzeitig auf die sich überlappenden Migrationsgeschichten aufmerksam zu machen. Die offizielle Einsicht, dass Deutschland mittlerweile ein Einwanderungsland ist, lieferte das neue Staatsangehörigkeitsgesetz⁵, das

⁵ Der Preis für die Anerkennung, dass Deutschland ein Einwanderungsland sei, war jedoch sehr hoch. Anstelle der Anerkennung einer doppelten Staatsbürgerschaft wurde die Optionsklausel festgelegt. Kinder, die nach 2000 geboren werden und von denen wenigstens ein Elternteil mindestens acht Jahre in Deutschland gelebt hat,

im Jahre 2000 in Kraft trat – eine Einsicht, die sehr spät und schleppend in Gang gekommen ist. Die begriffliche Neudefinition in der Beschreibung der gesellschaftlichen Zusammenhänge versucht, auf die sich wandelnde Gesellschaft aufmerksam zu machen. Als ein wesentlicher Indikator des gesellschaftlichen Wandels dienen Zahlen und Statistiken über die Einwohnerzahl und die Einwohnerzusammensetzung, weniger jedoch strukturelle Veränderungen. In diesem Sinne ist es irreführend, einerseits von einer vielfältigen Gesellschaft zu sprechen – im Sinne des Mikrozensus –, andererseits aber auf homogene Gesellschaftsstrukturen zu treffen, die in sich geschlossen sind und in denen Menschen mit Migrationshintergrund kaum Eingang finden. Das Selbstverständnis einer Gesellschaft umfasst dieser Begriff also nicht.

Aus diesem Grund kann auch dieser Begriff einem Verfallsdatum zum Opfer fallen, wenn er sich zwar für eine Zustandsbeschreibung eignet, nicht jedoch die Einstellung und Selbstverständlichkeiten einer Gesellschaft berücksichtigt. Trotz allem stellt sich die Frage, wer einen Nutzen davon hat, dass die Gesellschaft sich nun als eine der Diversität zugewandten Gesellschaft beschreibt.

Auch in dieser Debatte steht die Verschiedenheit der so genannten Kulturen im Vordergrund. Gleichzeitig wird aber auch die in sich flexible und integrationsfördernde Mehrheitsgesellschaft in den Vordergrund gerückt. In diesem Sinne sind nicht die Migranten, die die Vielfalt ausmachen, vielmehr wird Vielfalt zum Statement der Gesellschaft erhoben. Diversität wird zu ihrem neuen Gesicht – auch wenn viele aus der Mehrheitsbevölkerung Probleme damit haben. Dabei geraten aber die Ethnie und die Herkunft der Menschen mit Migrationshintergrund nicht in Vergessenheit. Der Kulturdeterminismus der Multikulturalitätsära scheint vergessen, der gerade die Andersartigkeit der neuen Bürger überbetonte. Doch auch im neuen Zeitalter der Diversität schlägt das Vergessene als Verschiebung auf Ethnie und Herkunft zurück, so dass Migranten kaum von der neuen Flexibilität der Gesellschaft profitieren.

Ethnizität und Herkunft mit neuen Vorzeichen

Die Überbetonung der Ethnie und Herkunft als Instrument der Abgrenzung und Hervorhebung der Andersartigkeit von Migranten lässt nach wie vor ein Problem ungelöst: Das Handlungsspektrum der Migranten bleibt verengt. Migranten bleiben auch in einer

bekommen die doppelte Staatsbürgerschaft auf Zeit. Sie müssen sich zwischen dem 18. und dem 23. Lebensjahr für eine Staatsbürgerschaft entscheiden.

Gesellschaft, die Diversität bejaht, Außenseiter - Außenseiter, die kaum von den neuen Errungenschaften profitieren. Folglich müssen sich betroffene Migrantengruppen die Frage erlauben, ob sie mit dieser Einschränkung Teil der Gesellschaft sein möchten und vor allem wie und als was sie sich in die Gesellschaft einbringen möchten. Diese Frage wird im Zeitalter der Diversität überlebenswichtig, nicht nur für die betroffenen Migrantengruppen, sondern auch für die Mehrheitsgesellschaft. Dabei steht vor allem die Frage im Raum, wie ein Selbstverständnis von Offenheit und Miteinander jenseits von Ethnisierung etabliert werden kann. Dazu gehört, dass vor allem im Zeitalter der Diversität über Ausschluss, diskriminierende Praxis und Rassismus gesprochen werden muss und nicht, wie es teilweise Realität ist, - nämlich dass dies lediglich als Phantasie von betroffenen Migrantengruppen abgetan wird. Diversität braucht also einen Konsens innerhalb der Gesellschaft, und zwar, dass Menschen mit Migrationshintergrund ein Teil dieses Landes sind. Es kann also nicht die alleinige Aufgabe der Menschen mit Migrationshintergrund sein, Anstrengung zu zeigen, um in einer neuen Gesellschaftskonstellation anzukommen. Die Frage, wie vielfältig eine Gesellschaft sein sollte und wie viel Vielfalt und vor allem welche Form der Vielfalt gewollt ist, muss sich auch an die Mehrheitsgesellschaft richten – sonst verliert der Diversitätsgedanke an Glaubwürdigkeit. In diesem Sinne müsste der Diversitätsansatz eine grundlegende Transformation und somit Neuverteilung von gesellschaftlichen Ressourcen nach sich ziehen, wenn es darum gehen soll, eine Gesellschaft offen und zukunftsfähig zu gestalten.

Unser letzter Sprecher des Vormittags ist

Prof. Dr. Hartmut Esser, Universität Mannheim

Herr Esser ist seit 1991 Professor für Soziologie und Wissenschaftslehre an der Universität Mannheim. Er promovierte in Köln und habilitierte in Bochum, wechselte 1991 von einer Soziologieprofessur in Köln nach Mannheim. Andere Stationen wie Zürich, Bern, Ann Arbor, Wien ... seien hier nur erwähnt. Hartmut Esser gehört zu den Pionieren der soziologischen Migrationsforschung. Diese begann erst in den 90er Jahren, aber Hartmut Esser hat – neben den Soziologen Friedrich Heckmann oder Hermann Korte - bereits ab 1980 Arbeiten zu Integration vorgelegt. So z.B. seine Habilitationsschrift zu „Assimilation und Integration“.

Herr Esser arbeitet u.a. zu Migration, interethnischen Beziehungen und ethnischen Konflikten. Zu den aktuellen Veröffentlichungen gehört das Buch Sprache und Integration,

2006, hier geht es um die Bedeutung und Bedingungen des (Zweit-)Spracherwerbs von Migranten.

Sein Vortragstitel lautet:

Mythen der Integrationsdebatte

Mythen der Integrationsdebatte
Oder: Was hilft (wirklich)?

Prof Dr. Hartmut Esser

Universität Mannheim Fakultät für Sozialwissenschaften Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung	Vortrag Wissenschaftszentrum Kiel 15. Januar 2010
---	---



Myths in Debates on Integration
Or: What (Really) Does Help?

Prof Dr. Hartmut Esser

University of Mannheim Faculty of Social Sciences Mannheim Centre for European Social Research	Presentation Kiel January 15, 2010
--	--

Background: ethnic, cultural, religious pluralization and “integration”

Two Reactions

„Leitkultur“

Threat

“Mainstream!”

Merz/Koch/
Sarrazin

Uncertainty & Provocation
(Value-)Conflicts & “M
“Parallel Societies” & Violence

... Untergang des
Abendlandes!

... demise of the
Occident!

Zuwanderer, die auf Dauer hier leben wollen, müssen einen eigenen Integrationsbeitrag leisten und sich den gewachsenen deutschen kulturellen Grund-Vorstellungen als „Leitkultur“ anpassen!

Assimilation!

Immigrants who intend to live here permanently must make their own contribution to integration and adapt to established German fundamental cultural ideas as the “mainstream culture”!

Enrichment

... „Diversity“ and
World Society!

Diversity & Equal Opportunity
Mobilization & Innovation
Cosmopolitanism & Tolerance

„Multiculture“

Roth/Ackermann/
Westerwelle

Opening!

Angesichts von Globalisierung, Transnationalismus und
“Kanada” ist die Vorstellung von “Anpassung” an eine
“Leitkultur” sowas von megaout und, im Gegenteil,
gerade die ethnischen Ressourcen sind es, die erst die
“Integration” ermöglichen und fördern und die
Potentiale der “Multikulturalität” ausschöpfen!

Pluralization!

In view of globalization, transnationalism and “Canada”,
the idea of “adaptation” to a “mainstream culture” is
completely outdated; on the contrary, it is exactly the
ethnic resources that enable “integration” in the first
place, as well as promote and tap the full potentials of
“multiculturalism”.

Convictions and Proposals

Die wollen sich ja
gar nicht integrieren!

Deutschstunden!

Öffnung und Anerkennung!

Zweisprachigkeit!

Mit dieser Multikultur
bricht unser Gemeinwesen
zusammen!

Sprachstandsmessung
und Sprachförderung!

Kanada!

Integriertes Schulsystem!

Is it all that easy?

Outline

1. Pluralization?
 2. Ethnic Policy?
 3. Educational System?
 4. What Really Does Help!
-

Outline

1. Pluralization?
2. Ethnic Policy?
3. Educational System?
4. What Really Does Help!

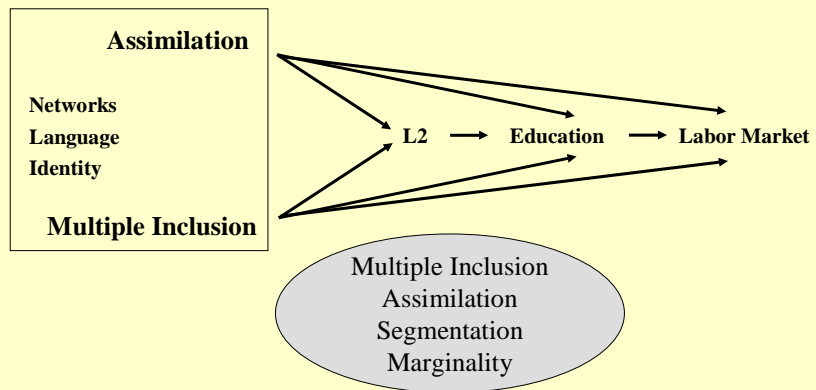
Does **ethnic pluralization** have advantages for

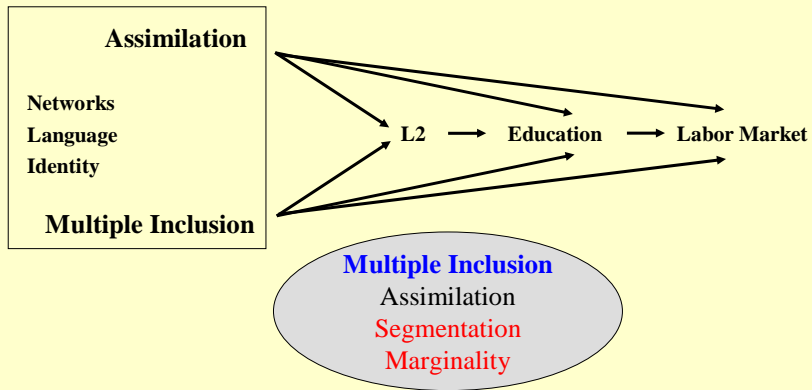
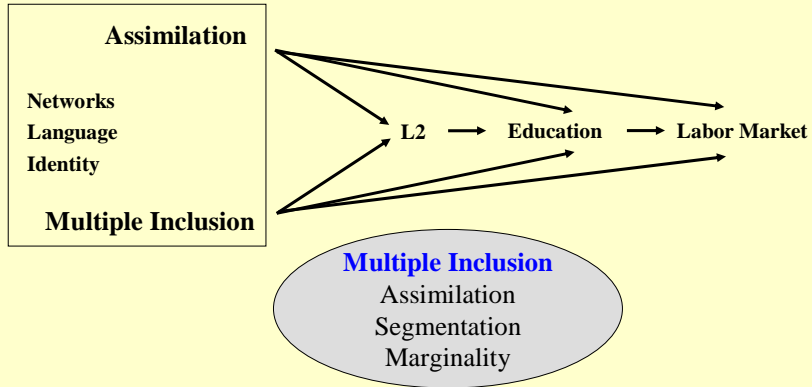
... the labor market?

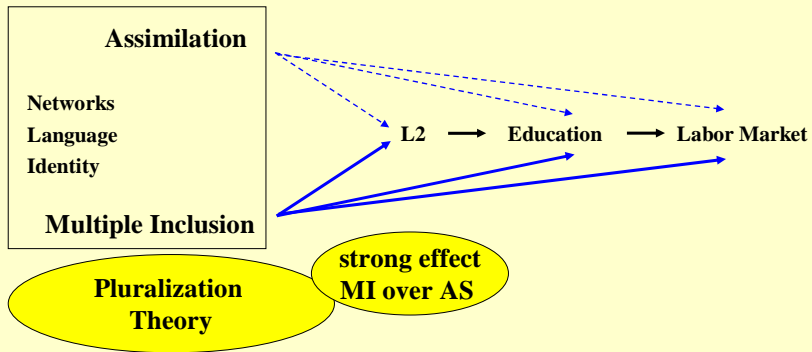
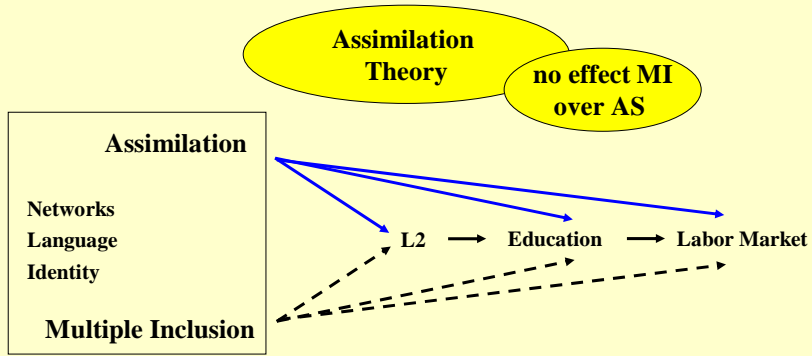
... educational success?

... or is „assimilation“
already enough?

Hypotheses







Empirical results

Does **ethnic pluralization** have advantages for

... the labor market?

... educational success?

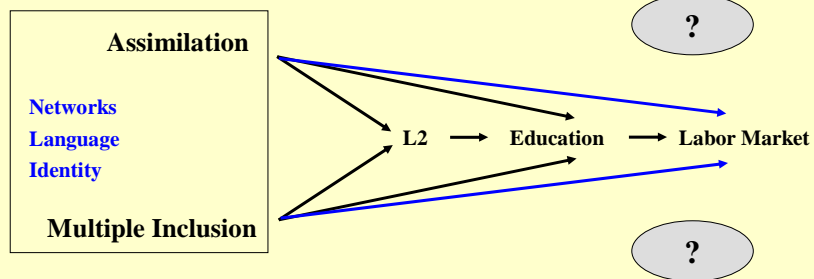
... or is „assimilation“
already enough?

Does **ethnic pluralization** have advantages for

... the labor market?

... educational success?

... or is „assimilation“
already enough?

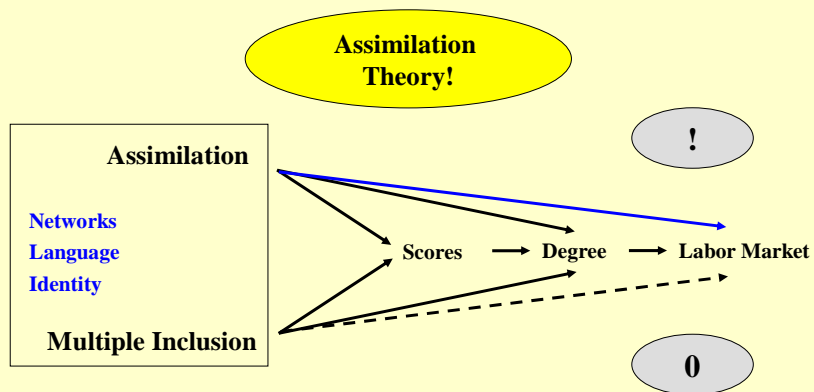


Data

GSOEP (25 waves from 1984)

		Employment (OR)	Income (OLS)	Position (OLS)	Status (OR)
Language	MR	0.65	-0.06	-1.82	0.66
	L1	0.65	-0.07	-1.85	0.68
	L2	----	----	----	----
	MI	1.01	0.01	0.16	0.99
Networks	MR	0.83	0.00	-1.83	1.30
	N1	0.72	-0.03	-0.56	0.89
	N2	----	----	----	----
	MI	0.99	0.01	-0.17	1.05
Identity	MR	1.05	0.03	0.32	0.78
	I1	0.99	0.00	-0.57	0.69
	I2	----	----	----	----
	MI	0.90	0.03	-2.05	0.78
Pseudo-R ² /R ²		.166	.288	.279	.153

No effect MI over AS

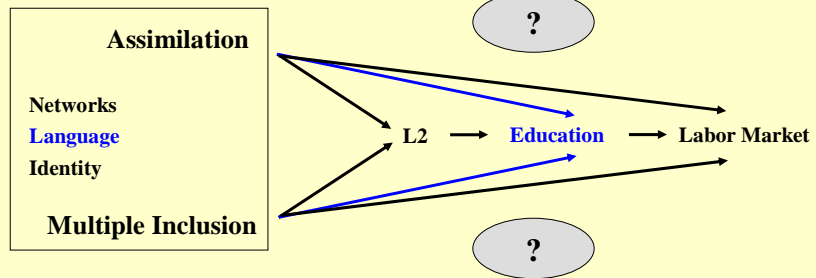


Does **ethnic pluralization** have advantages for

... the labor market?

... educational success?

... or is „assimilation“
already enough?



Data

MZES Project „Educational Decisions
in Migrant Families“ (Children)

Effects Bilingualism
(on Mathematics)

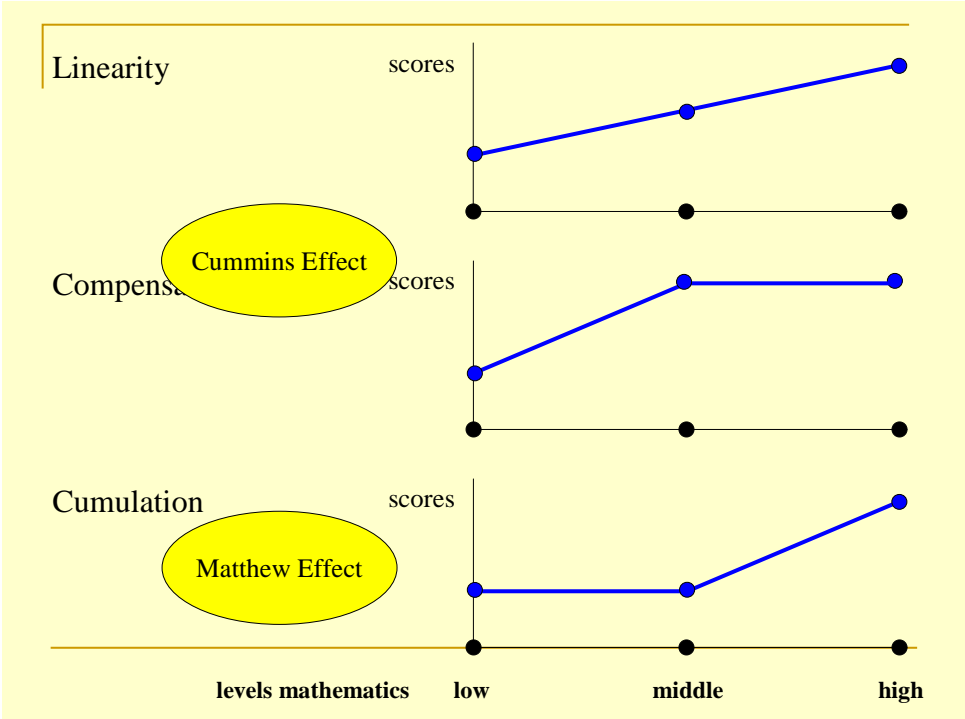
Mathematics (OLS)	1	2	3	4
Language MR	-0.15	-0.14	-0.11	-0.06
L1	-0.14	-0.14	-0.10	-0.08
L2	----	----	----	----
BL	0.03	0.04	0.03	0.01
female	-0.03	-0.03	-0.03	-0.03
Turkish	0.04	0.03	0.03	0.02
Education (P)		0.01	0.01	0.01
Education (P)		0.02	0.01	0.01
Intelligence 1			0.08	0.08
Intelligence 2			0.18	0.18
Writing 1				0.07
Writing 2				0.14
R ²	.137	.171	.289	.343

No effect MI
over AS

... no effects as (nearly always) before!

... or possibly yet?

Assumption: (Multicultural) linguistic competences have *different* effects on *different* levels of achievement (in mathematics).



Effects

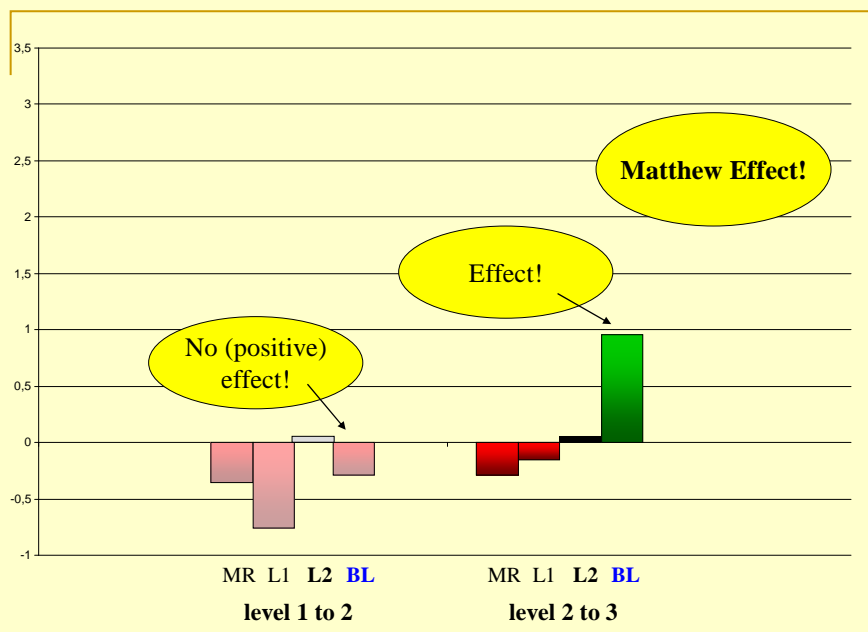
Mathematics (OLS)		1 to 2	2 to 3
Language	MR	0.39	0.41
	L1	0.31	0.63
	L2	----	----
	BL	0.63	2.07
no effect (again)			effect !
female		0.74	0.92
Turkish		1.28	1.22
Education (P)			
Education (P)			
Intelligence 1			
Intelligence 2			
Writing 1			
Writing 2			
R ²		.063	

Mathematics (OLS)		1 to 2	2 to 3
Language	MR	0.41	0.40
	L1	0.30	0.61
	L2	----	----
	BL	0.66	2.18
no effect (again)			stable !
female		0.77	0.94
Turkish		1.13	1.47
Education (P)		1.09	1.11
Education (P)		1.19	1.04
Intelligence 1			
Intelligence 2			
Writing 1			
Writing 2			
R ²		.079	

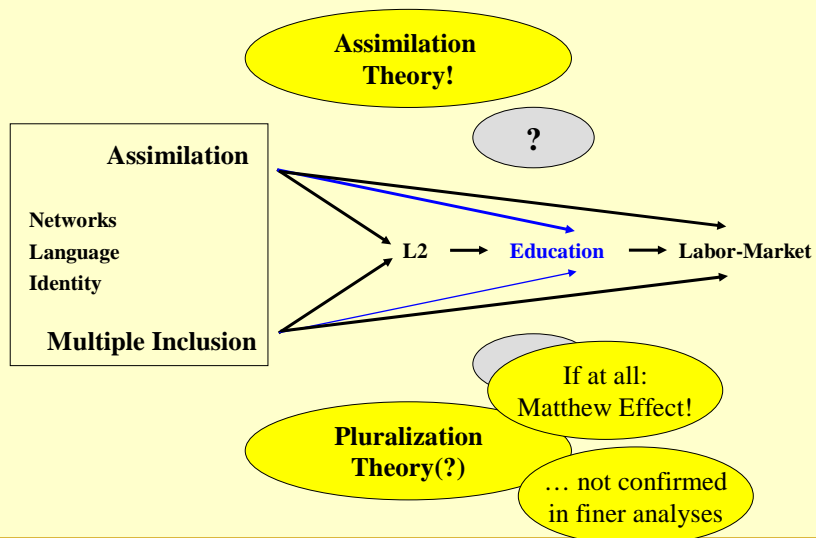
Mathematics (OLS)		1 to 2	2 to 3
Language	MR	0.44	0.45
	L1	0.32	0.85
	L2	----	----
	BL	0.67	2.30
no effect (again)			stable !
female		0.77	0.84
Turkish		1.17	1.40
Education (P)		1.09	1.08
Education (P)		1.18	1.01
Intelligence 1		1.68	1.84
Intelligence 2		1.77	5.27
Writing 1			
Writing 2			
R ²		.133	

Mathematics (OLS)		1 to 2	2 to 3
Language	MR	0.63	0.66
	L1	0.37	0.78
	L2	----	----
	BL	0.62	1.99
no effect (again)			stable !
female		0.72	0.86
Turkish		1.16	1.43
Compensation/„Cummins“: No!			Matthew Effect!
Education (P)			1.01
Intelligence 1		1.69	1.90
Intelligence 2		1.87	5.34
Writing 1		2.26	1.35
Writing 2		2.44	2.91
R ²		.163	

... as a graphic



Summary



Outline

1. Pluralization?
2. Ethnic Policy?
3. Educational System?
4. What Really Does Help!

What about Ethnic Policy with regard to

... the labor market (Canada)?

... traditional immigration countries?

... integration policy?

... or is there (almost)
no difference?

What about Ethnic Policy with regard to

... the labor market (Canada)?

... traditional immigration countries?

... integration policy?

... or is there (almost)
no difference?

What about Ethnic Policy with regard to

... the labor market (Canada)?

... traditional immigration countries?

... integration policy?

... or is there (almost)
no difference?

Educational Achievement and Traditional Immigration Countries

Effects of „traditional receiving country“ on educational performance
(De Heus and Dronkers 2008: 32/3; table 5, models 2 and 6)

	Model 1
traditional RC	38.6*
tRC * parental status	

significant
positive effect!

Canada not included

Effects of „traditional receiving country“ on educational performance
 (De Heus and Dronkers 2008: 32/3; table 5, models 2 and 6)

	Model 1	Model 2
traditional RC	38.6*	19.9
tRC * parental status		12.2*

Canada not included

significant positive effect!

main effect insignificant!

positive interaction!

... lower classes are **not** better than elsewhere!

... **upper** classes only have gains!

„Thus, unlike immigrant children from middle class and higher status families, immigrant children from **lower class** backgrounds living in traditional immigration countries do **not** outperform their counterparts in non-immigration countries.“ (De Heus and Dronkers 2008: 12)

„A reason might be that because of the historical **selection** of and **focus on prosperous** immigrants, these countries are less likely to support the few **lower status** immigrants they attract.“ (De Heus and Dronkers 2008: 15)

Diversity-effects are the result of intended positive selection!

Advantages **not** for lower classes!

Matthew Effect!

... the labor market (Canada)?

... traditional immigration countries?

... integration policy?

... or is there (almost)
no difference?

Special policies and educational achievement?

„Destination **countries’ political climate** ... does **not** seem to influence Immigrants’ scientific achievement **at all**. Unlike as expected ... immigrant children living in countries with a long history of **left-wing** oriented governments do **not** outperform immigrant children living in countries with more right-wing oriented governments. The same insignificant results were found for our more direct policy measures. **Neither** the components of the **Migrant Integration Policy Index** **nor** destination countries’ **labor market employment protection** significantly affects immigrants’ scholastic performance“ (De Heus and Dronkers 2008: 12)

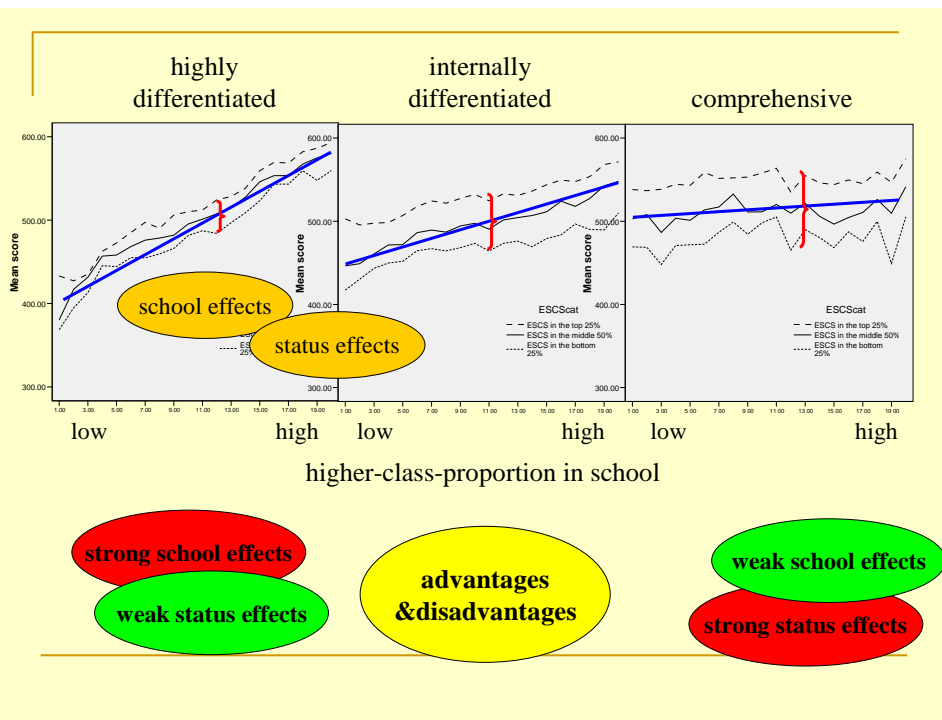
Implementation?

Outline

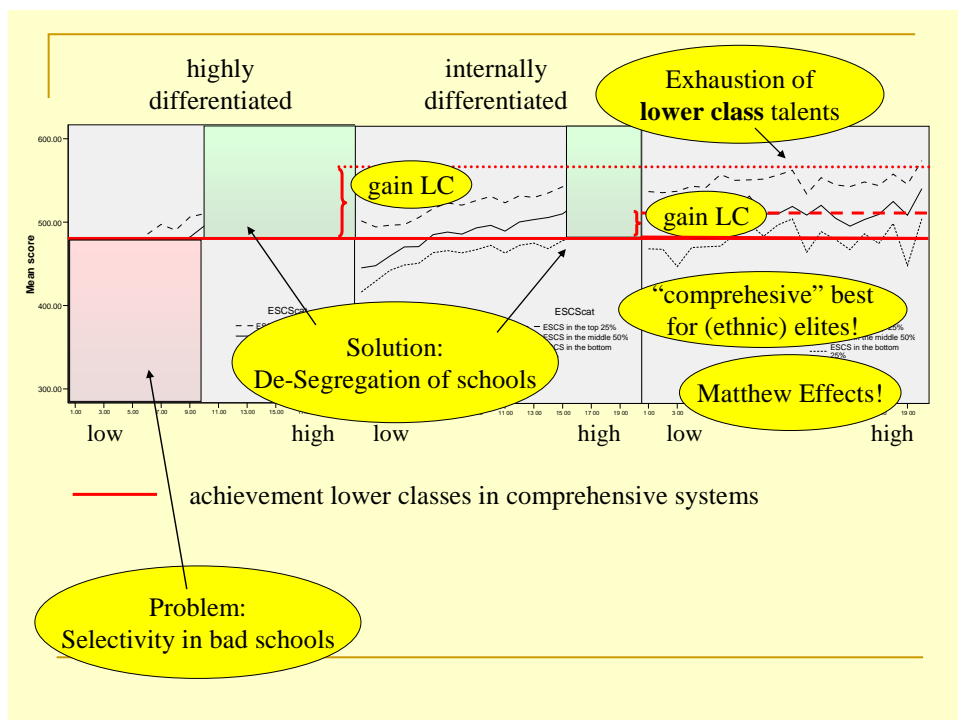
1. Pluralization?
2. Ethnic Policy?
3. Educational System?
4. What Really Does Help!

General effects of educational systems (native and immigrant children)

Source: Allison Dunne 2009
European University Institute (Florence)



What is the best solution for
lower class immigrant children?



Summary “Educational Systems”

comprehensive systems show **highest** average achievement ...

... but with strong **status effects!**

comprehensive systems best for (ethnic) **elites!**

Matthew Effects!

differentiated systems show **lower** average achievement

... but strongly dependent of **school segregation**

de-segregated differentiated systems best for (ethnic) **lower classes**

... **exhaustion of lower class talents!**

Central problem:
how to deal with school **segregation** and **selectivity?**

Outline

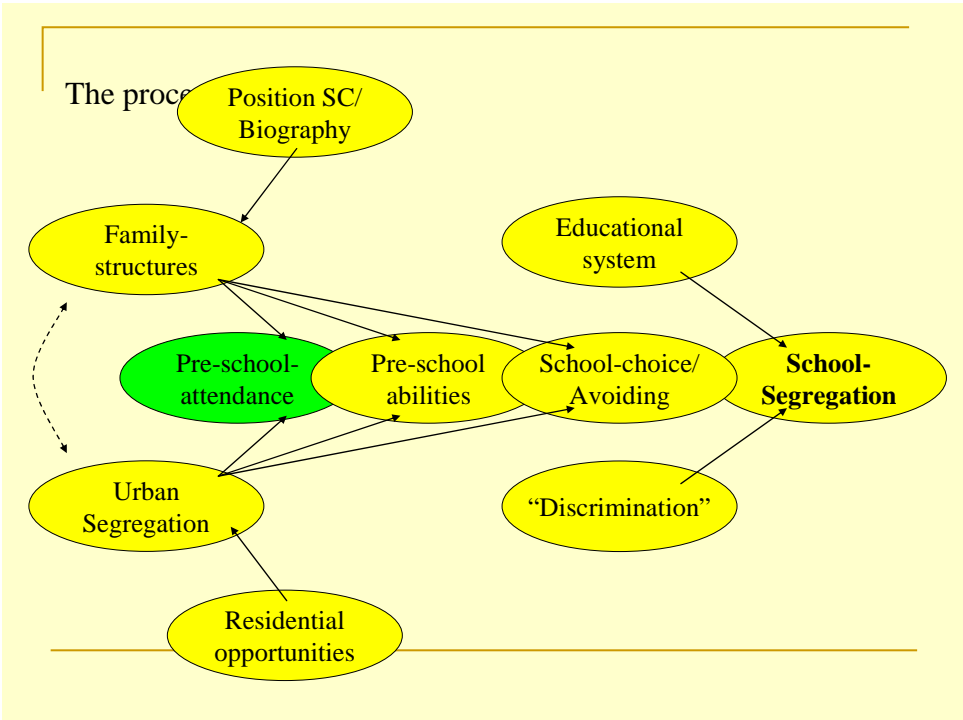
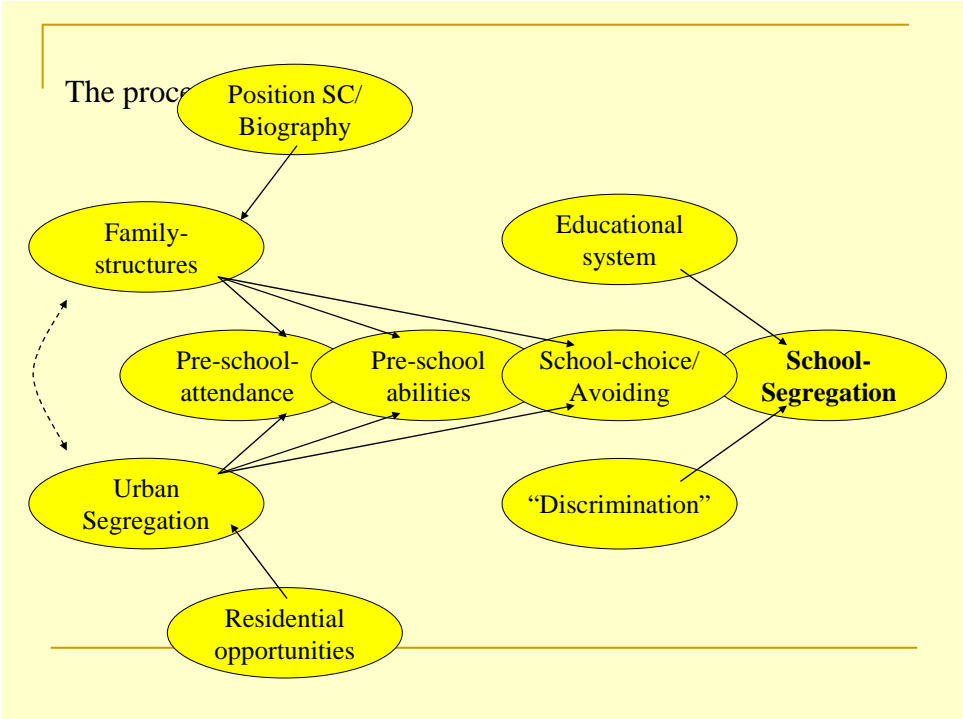
1. Pluralization?
2. Ethnic Policy?
3. Educational System?
4. What Really Does Help!

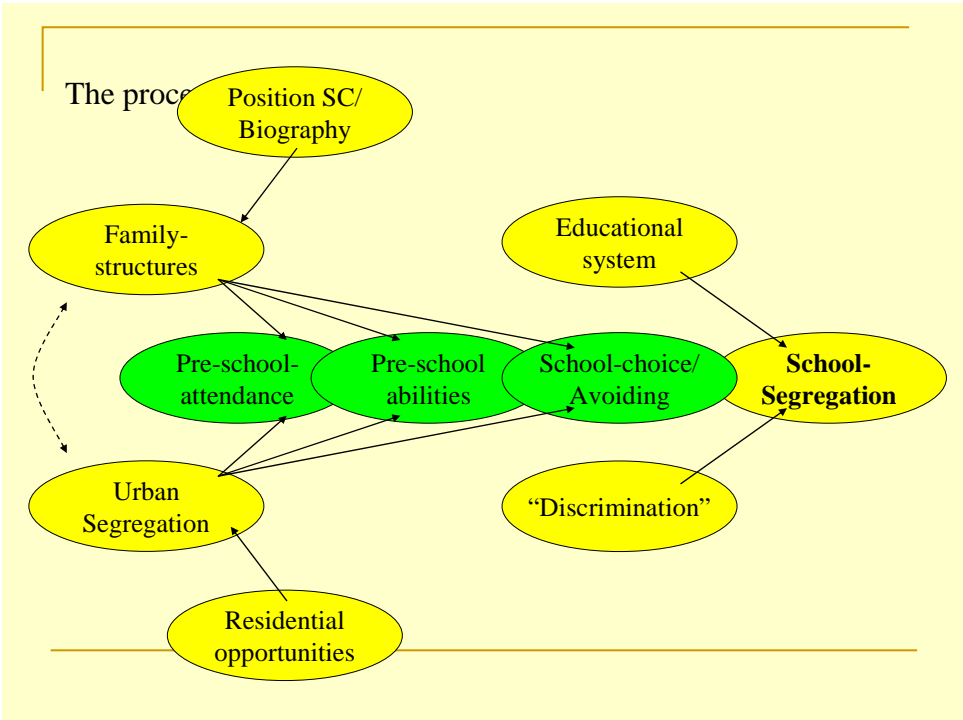
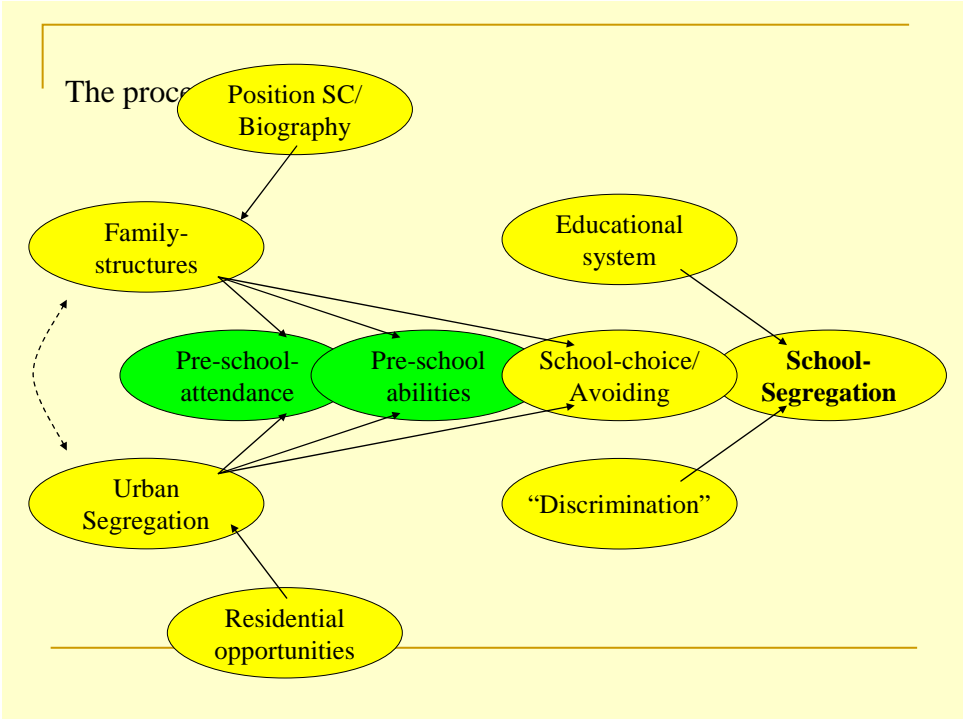
In general: ca. **75%** of **all** explained variance is related to **individual** variables (family- and migration-biography)

... and ca. **25%** only to “**systems**”-variables (institutions, policies, climate, tolerance, traditions, educational systems ...)

... therefore one should expect the strongest effects from an improvement in **individual** integration,

... and the path-dependency starts at the very **beginning!**



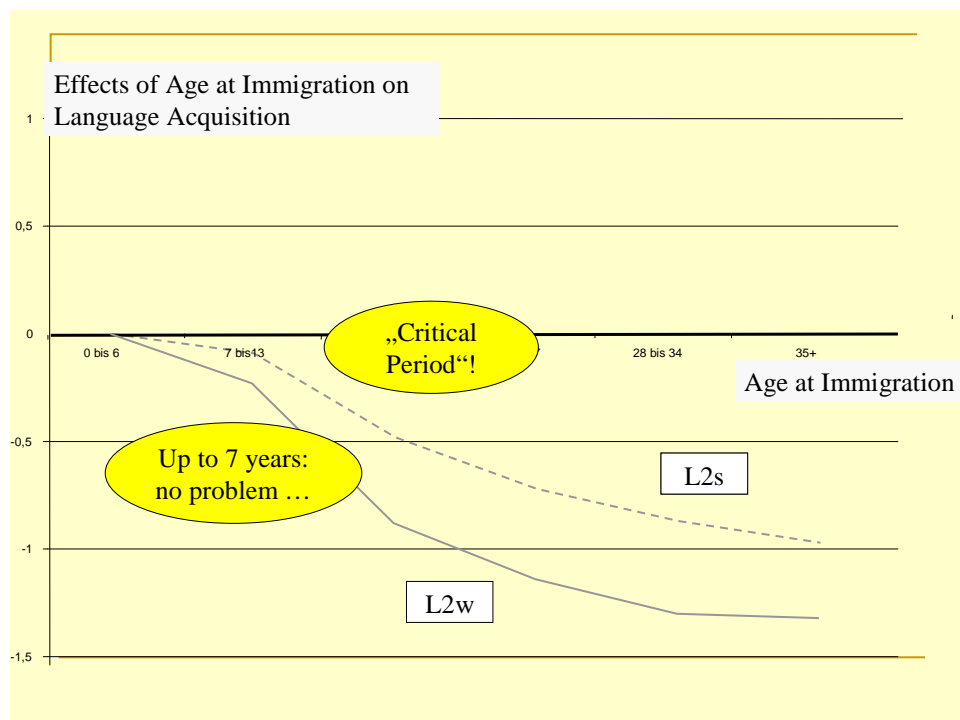


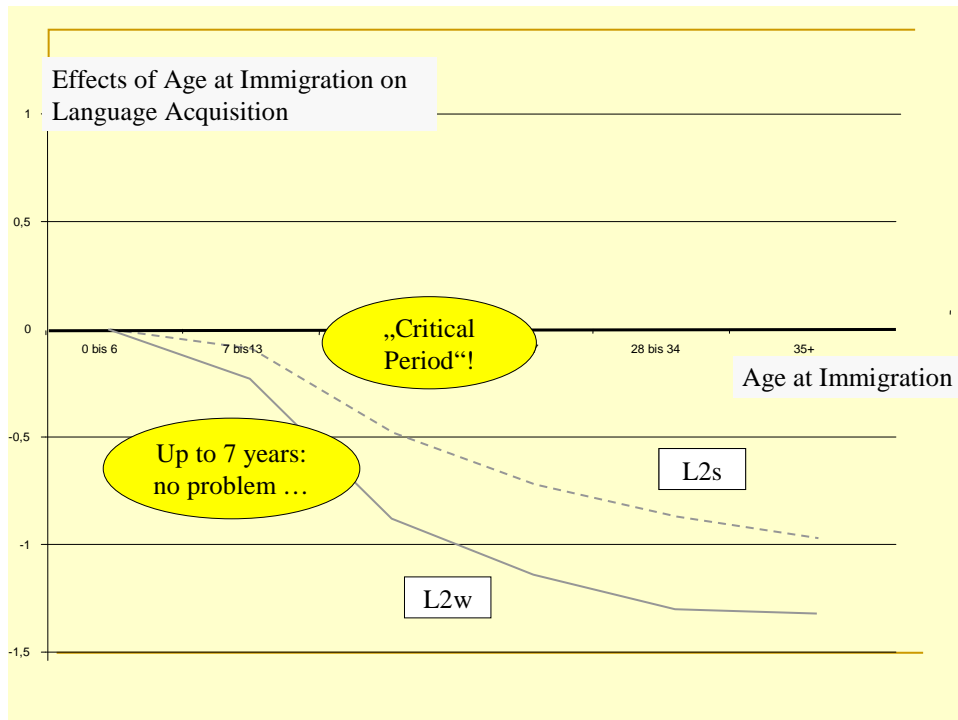
Main conclusion: Start as **early** as possible ...!

With **everything** that is possible ...!

Some empirical evidence

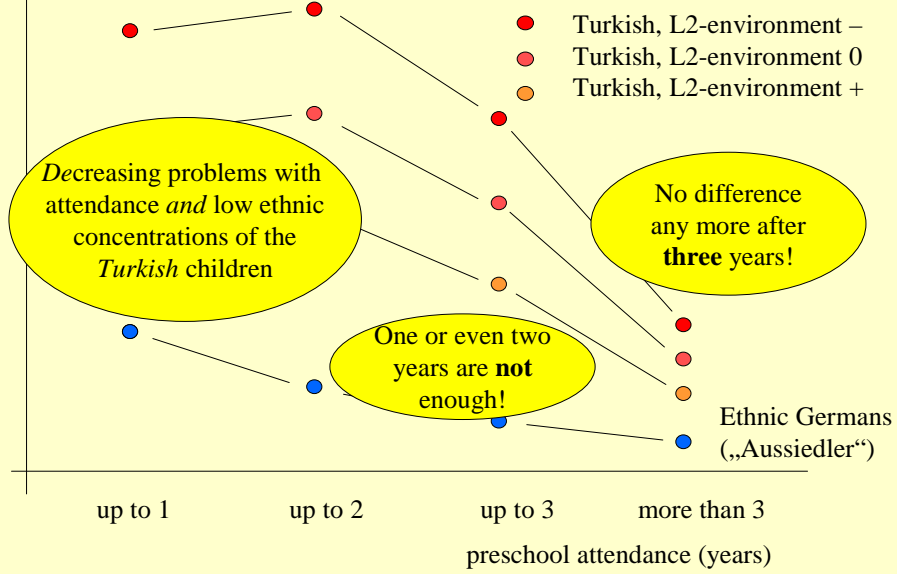
Language and early immigration





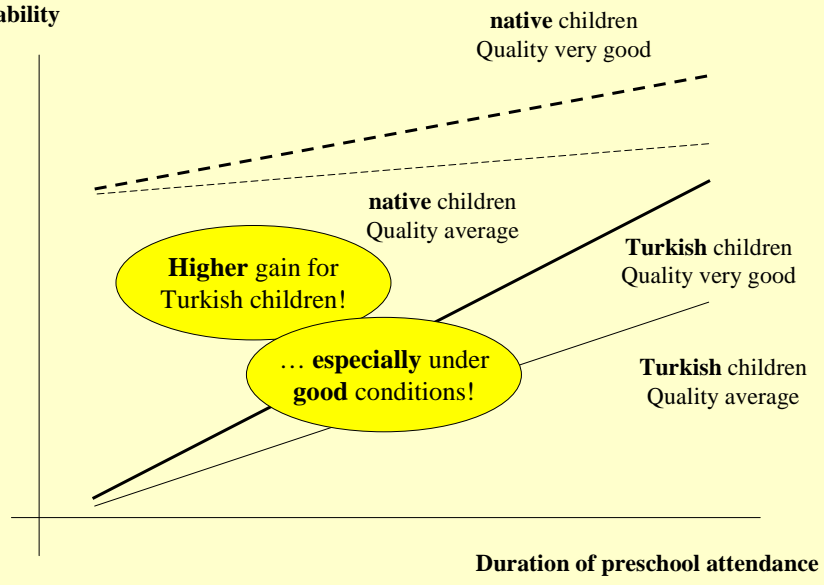
Preschool attendance and ethnic concentration

L2 Deficits

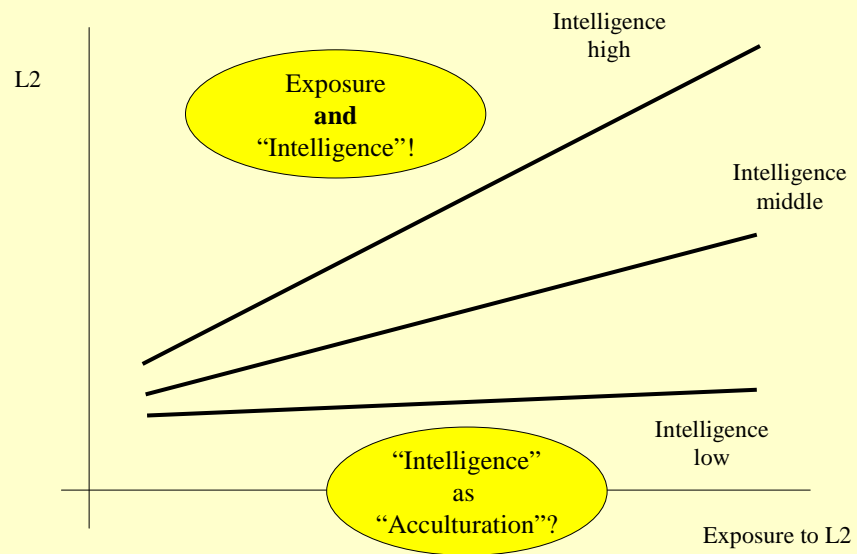


Duration and quality of preschool attendance

L2 ability



Intelligence?



Educational success
(Dollmann 2009)

General *social* conditions
of educational success

Effects of social situation

... education, status, cultural capital, „abilities“, L2
... and educational aspirations of parents!

Main problem: ethnic disadvantages in „primary effects“ (abilities)

... but for „reading“ only, *not* for „writing“ and
mathematics!

... (strong) *positive* ethnic effects after control of
(school) social disadvantages

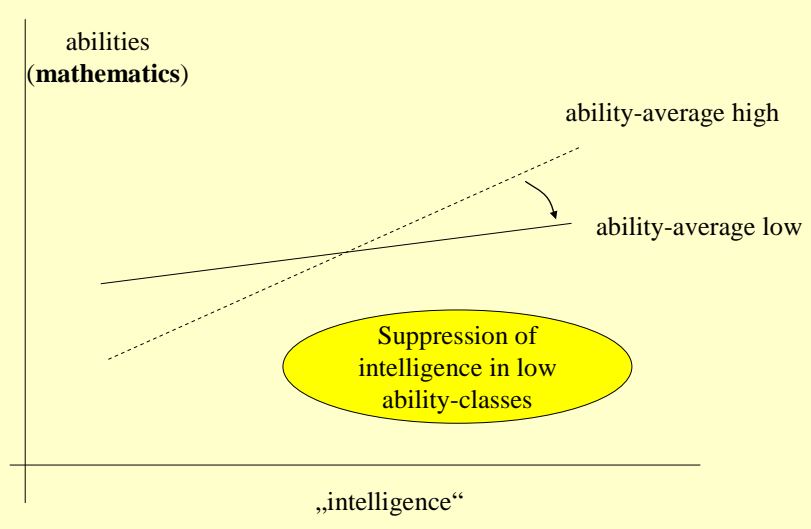
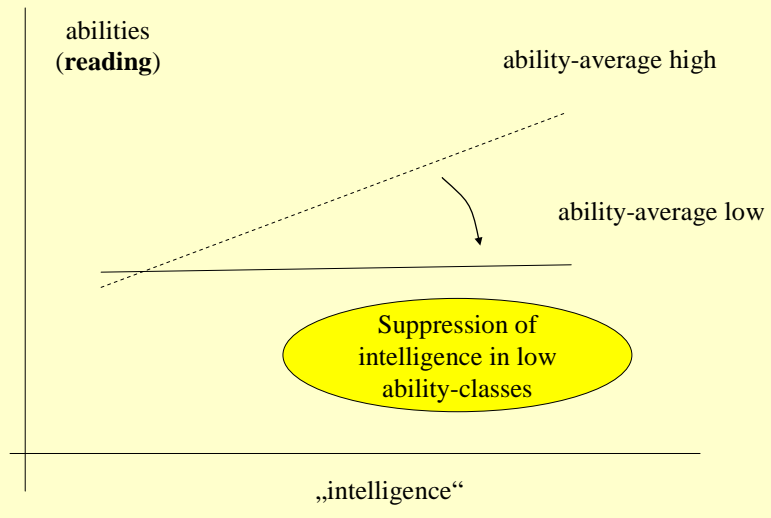
Social disadvantages, but
higher *ethnic* educational
aspirations!

for parents educational decisions in case of
primary effects (secondary effects)

Effects of (school-)class composition

... no general effects of ethnic concentration,
... but some differential influences:

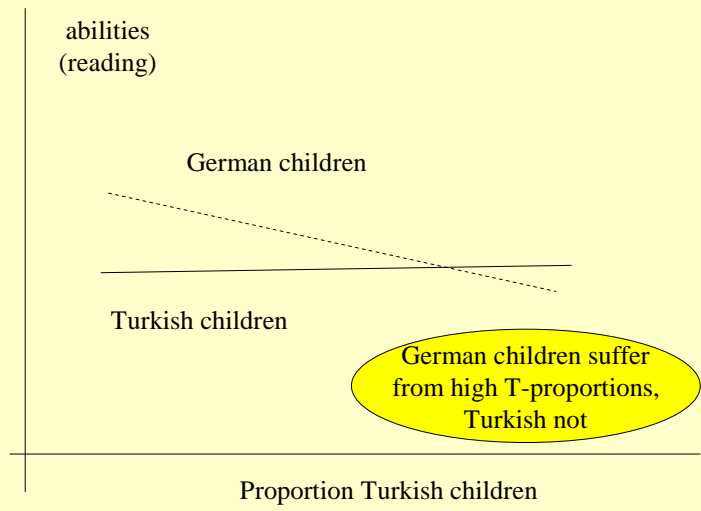
Suppression of
intelligence in low
ability-classes



Effects of (school-)class composition

- ... no general effects of ethnic concentration,
- ... but some differential influences:

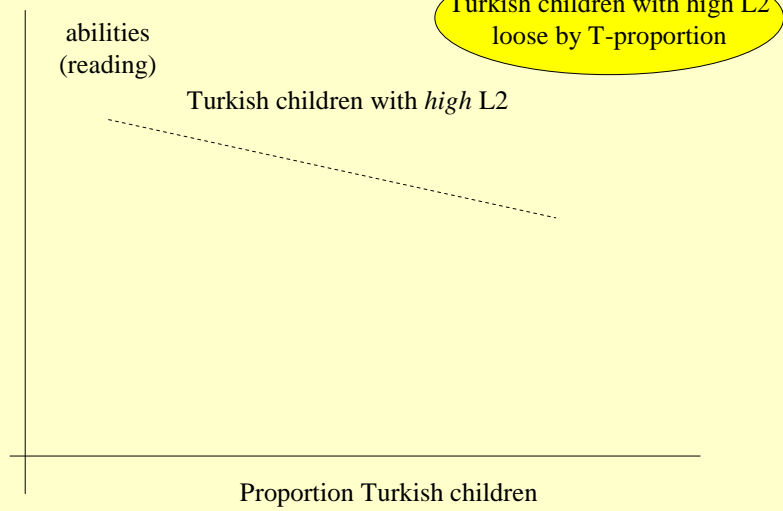
German children suffer from high T-proportions, Turkish not



Effects of (school-)class composition

- ... no general effects of ethnic concentration,
- ... but some differential influences:

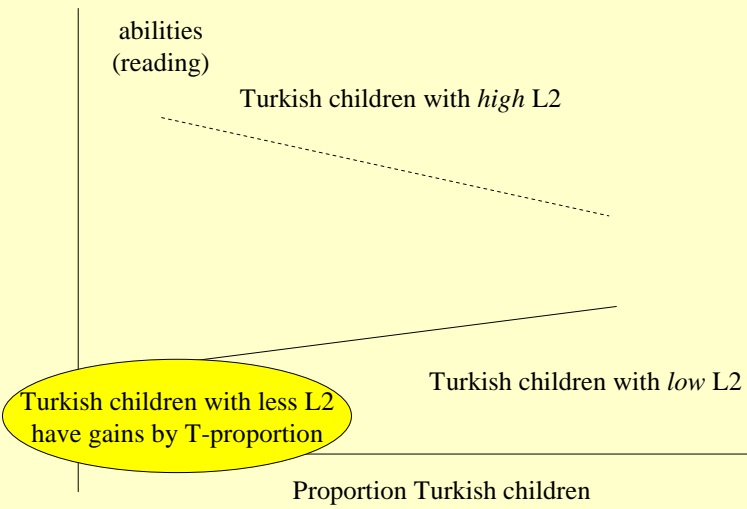
Turkish children with high L2
lose by T-proportion



Effects of (school-)class composition

- ... no general effects of ethnic concentration,
- ... but some differential influences:

Turkish children with less L2
have gains by T-proportion



Effects of (school-)class composition

... no general effects of ethnic concentration,
... but some differential influences:

Suppression of
intelligence in low
ability-classes

German children suffer
from high T-proportions

Turkish children with high L2
lose by T-proportion

Turkish children with less L2
have gains by T-proportion

Conclusion

Not an “ethnic” problem, but primarily a “social” one!

After control of general (dis-)advantages migrant children do *better* and migrant parents have the *higher* aspirations!

... *positive* selectivity of migrants (compared to comparable native lower classes)!

Main problem: Prevention of bad selectivity and suppression of (lower-class-)talents!

The earlier, the better!

High quality of (pre-)schools pays!

Ethnic mixture and ability grouping are essential, especially for the talented (lower class) children!



Rainer Ohliger



Moderation: Michael Treiber

Ist Integration messbar?

Sinn und Hintersinn von Integrationsmonitoring

Rainer Ohliger, Netzwerk Migration in Europa e.V.

I. Einführung: Struktur und Zweck von Integrationsmonitoring

Integrationsmonitoring ist ein neues Zauberwort in der lebhaften Debatte um die Ausgestaltung der deutschen Einwanderungsgesellschaft. Wobei geht es hier genau? Monitoring ist der Versuch, mit statistischen Kennzahlen (Indikatoren) regelmäßig, in der Regel jährlich, quantitative Aussagen über den Stand, vor allem aber über den Verlauf von Integrationsprozessen zu machen. Dafür werden Daten aus der amtlichen Statistik, teils ergänzt um regelmäßig anfallende Daten aus Befragungen, benötigt und entsprechend aufbereitet. Monitoring bezieht sich auf ein einheitliches Territorium (Städte, Kommunen, Länder, Bund, Europa) und die dort lebende Bevölkerung. Für die Bildung der Kennzahlen werden bestimmte Themenbereiche ausgewählt (z.B. Wirtschaft, Bildung, interkulturelle Öffnung der Verwaltung usw.).

Anders als bei der Projektevaluation geht es nicht um die Wirkungsanalyse einzelner Maßnahmen. Es geht auch nicht um die Messung der Integration von Individuen, sondern um den Blick auf größere soziale Einheiten und Gruppen. Abzugrenzen ist das Monitoring auch vom sogenannten Benchmarking. Während

das Benchmarking die Zielerreichung vorgegebener Ziele und Ergebnisse misst (bzw. deren Abweichungen), ist das Monitoring nicht an vorgegebenen Zielgrößen orientiert, sondern allein an der Dokumentation des Verlaufs und der Entwicklung sozialer Prozesse. Monitoring zielt in erster Linie auf die langfristige quantitative Abbildung von sozialen Prozessen, im Fall des Integrationsmonitorings also der Integrationsverläufe sozialer Gruppen. Das Integrationsmonitoring ist somit in erster Linie ein Informationsinstrument, mit dem das politisch emotional aufgeladene und oder auch strittige Thema der Migration und Integration nüchtern und objektiv – soweit es Objektivität überhaupt gibt – dargestellt wird. Die Ergebnisse und Erkenntnisse des Monitorings zielen darauf ab eine breite Öffentlichkeit, aber auch die fachlich mit dem Thema befassten Spezialisten in der Verwaltung und der Politik zu erreichen.

Im Bereich der Politik und der Verwaltung kann Monitoring nicht nur zur Information genutzt werden, sondern auch die Grundlage für politische Planung und Steuerung bilden. Allerdings gilt es einschränkend zu sagen, dass das Monitoring selbst kein Steuerungsinstrument ist. Die Steuerungsleistung ergibt sich erst aus der politischen Diskussion der Ergebnisse und den dann getroffenen migrations- und integrationspolitischen Entscheidungen bzw. der Formulierung politischer Ziele und deren Umsetzung in politisches Handeln. In Grenzen kann Integrationsmonitoring die Ziele der Integrationspolitik und die Zielerreichung abbilden, wobei man einschränkend betonen sollte, dass gesellschaftliche Integration von Migranten ein sehr komplexer sozialer Prozess ist, der von vielen unterschiedlichen Faktoren abhängt. Anders als in einem Unternehmen, wo in der Kosten- und Leistungsrechnung bzw. im Controlling ja ebenfalls mit Kennziffern oder Indikatoren zwecks Steuerung des Unternehmens operiert wird, trägt diese lineare Annahme und Übertragung aus dem wirtschaftlichen in den gesellschaftlichen und gesellschaftspolitischen Bereich nicht oder nur in Grenzen. Die Analogie liegt natürlich auf der Hand, da die Methode und das Instrumentarium aus dem Bereich des unternehmerischen

Controllings stammt. Anzumerken gilt auch: so wie Controlling in Unternehmen nicht Kontrolle bedeutet, so ist Integrationsmonitoring auch nicht als Kontroll- oder gar Disziplinierungsinstrument zu verstehen.

Die gegenwärtige Debatte um die Einführung von Integrationsmonitoring ist nur im größeren Rahmen gesellschaftspolitischer Entwicklungen zu verstehen. Notwendige Voraussetzungen für den Diskussionsprozess und die Implementierung von Monitoring waren sowohl die Öffnung und Politisierung der Integrationsdebatte seit den 1990er Jahren, aber auch die Einführung neuer Informations- und Steuerungsstrukturen in der öffentlichen Verwaltung, die man als „new governance“ bezeichnen könnte. Möchte man es ideologiekritisch formulieren, kann man auch sagen, die „Vermarktlichung“ politischen und administrativen Handelns und die daraus resultierende Konsequenz, Ergebnisse einem Prozess des Messens, Zählens und Wiegens zu unterziehen, steht bei der Diskussion und Einführung von Integrationsmonitoring Pate.

Eine Kernfrage, die nicht allein aus Kostengründen bei der Entwicklung und Implementierung von Integrationsmonitoring diskutiert werden sollte, lautet: „Was kann Integrationsmonitoring leisten?“, Oder weniger normativ gefragt: „Was sind die Aufgaben, Ziele und Funktionen von (Integrations-)Monitoring?“ Integrationsmonitoring ermöglicht zuerst einmal eine empirisch gestützte Diskussion und Politik im Bereich der Migrations- und Integrationspolitik. Es trägt also zur Versachlichung einer oftmals emotional und auch unsachlich geführten Debatte bei. Zweitens erlaubt das Monitoring eine Zeitraumbetrachtung von Integrationsverläufen definierter Gruppen, sodass nicht nur punktuelle oder Zustandsaussagen in Rechnung gestellt werden. Damit kann das Monitoring Hintergrundwissen für integrationspolitische Entscheidungen liefern, selbst auch die Integrationspolitik beobachten und Aussagen über den Stand der Integration liefern. Dies geschieht in der Regel durch die Betrachtung und Analyse von Output-Faktoren, also (abhängigen) Variablen oder Parametern, die sich auf soziale, wirtschaftliche, politische oder kulturelle *Ergebnisse* von

Integrationsarbeit und -politik ergeben, nicht auf die (politisch gesetzten) *Rahmenbedingungen* oder Maßnahmen (=Input-Faktoren). Integrationsmonitoring keine direkte Wirkungsanalyse vornehmen. Es zielt nicht auf die Evaluation von Programmen. Es erlaubt keine Aussagen zum Stand der Integration von Individuen. Es ist kein Instrument zur direkten Steuerung von Integration Und man kann aus ihm auch keine direkten Handlungsanweisungen zur Formulierung politischer Entscheidungen ableiten.

II. Laufendes Integrationsmonitoring

Integrationsmonitoring findet man mittlerweile auf verschiedenen regionalen bzw. politischen Ebenen (Europa, Bund, Länder, Städte und Kommunen). Der europäische Rat der Justiz- und Innenminister hat im Mai 2007 die Absicht verlautbaren lassen, im Bereich der Entwicklung von Integrationsindikatoren tätig zu werden. Ein erstes konzeptionelles Treffen dazu fand im Sommer 2009 auf Einladung der Bundesintegrationsbeauftragten der deutschen Regierung in Berlin statt. Im Jahr 2007 legte die Migration Policy Group, ein Brüsseler Think Tank, in Kooperation mit dem British Council den Migrant Integration Policy Index (MIPEX) vor, in dem die rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen der Integration von Migranten für alle EU-Staaten analysiert wurden.¹ Es handelt sich beim MIPEX aber nur um Inputindikatoren.

Die deutsche Bundesregierung legte im Juni 2009 zum ersten Mal ein Integrationsmonitoring mit insgesamt 102 Indikatoren aus 12 Themenfeldern vor.² Unter den Bundesländern sind Berlin und NRW in Sachen Integrationsmonitoring am weitesten fortgeschritten. Berlin legte erstmals im Mai 2009 ein Integrationsmonitoring mit 43 Indikatoren in 10 Themenfeldern vor. Das Bundesland Nordrhein-Westfalen veröffentlicht seit 2008 (auf Basis des Mikrozensus') ein Integrationsmonitoring als Teil des Integrationsberichts.

¹ <http://www.integrationindex.eu>

² http://www.bundesregierung.de/nsc_true/Content/DE/Artikel/IB/Anlagen/2009-06-10-indikatorenbericht,property=publicationFile.pdf/2009-06-10-indikatorenbericht

Geplant ist in NRW in Zukunft die Erweiterung des Integrationsmonitorings um einen NRW-Survey mit einer repräsentativen (Zuwanderer-)Stichprobe. Der Bund und die Bundesländer haben außerdem eine Bund-Länder-Kommission eingerichtet, die das Thema diskutiert und versucht, strittige Frage, z.B. die Definition des Begriffs Migrationshintergrund, konsensuell zu lösen. Auf Anregung dieser Bund-Länder-Kommission bzw. durch den Beschluss der Integrationsministerkonferenz implementieren zurzeit sieben Pilotländer ein Integrationsmonitoring, das bis Ende 2010 auf alle 16 Bundesländer ausgedehnt werden soll. Das Ländermonitoring beruht auf Daten des Mikrozensus und umfasst 28 Indikatoren aus sieben Themenfeldern.

Unter den Städten und Kommunen, die ein Integrationsmonitoring eingeführt haben, gilt die Stadt Wiesbaden als Vorreiter. Dort wurde bereits im Jahr 2005 das erste Mal ein Integrationsmonitoring vorgelegt, das in erster Linie vom Statistischen Amt der Stadt entwickelt und umgesetzt worden war. Wiesbaden weist 22 Indikatoren entlang der vier Bereiche strukturelle, kulturelle, soziale und identifikatorische Integration aus. Parallel zu der Entwicklung in Wiesbaden erarbeitete die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGSt) eine Blaupause für das kommunale Integrationsmonitoring.³ Die Stadt Essen und die Stadt Stuttgart sind unter den ersten bundesdeutschen Städten, die ihr Integrationsmonitoring entlang dieser Vorgabe entwickeln und umsetzen. Das Amt für multikulturelle Angelegenheiten in Frankfurt/Main wartete im Jahr 2009 mit einem Vorschlag für ein Frankfurter Integrationsmonitoring auf.⁴ Aus diesem Konzept, an dem der Autor dieses Textes maßgeblich beteiligt war, seien zum Schluss 17 ausgewählte und leicht modifizierte Handlungsempfehlungen zitiert, die für die Umsetzung von Integrationsmonitoring allgemein ausgesprochen werden können.⁵

³ KGSt – Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (Hg.): Integrationsmonitoring. Materialien 2/2006.

⁴ Rainer Ohliger (Netzwerk Migration in Europa e.V.) Integration und Vielfalt messen: Konzept für ein Frankfurter Integrationsmonitoring, Frankfurt 2009, 64 Seiten.

⁵ Ebenda S. 23-28.

III. Handlungsempfehlungen zur Entwicklung und Umsetzung eines Integrationsmonitorings

1. Da die Daten eines Monitorings erst über einen längeren Zeitverlauf Aussagekraft gewinnen, sollte im ersten Jahr der Datensammlung und -aufbereitung versucht werden, die Daten für die zurückliegenden drei bis vier Jahre auszuwerten.

2. Monitoring ist kein Instrument, das sui generis Aussagekraft gewinnt. Es muss in den breiteren Rahmen der (kommunalen) Integrationspolitik und der Integrationsarbeit eingebettet werden. Dies gilt einerseits für die Verzahnung mit anderen Evaluierungs-Instrumenten von Integrationsmaßnahmen (Projekt-evaluierungen etc.) und statistischen Berichtssystemen (Statistisches Jahrbuch, Mikrozensus, Befragungen und Surveys etc.), andererseits für die Verknüpfung mit einem (kommunalen) Integrationskonzept und den darin formulierten integrationspolitischen Leitlinien.

3. Essenziell für die Implementierung und Akzeptanz eines Integrationsmonitorings ist die Verbindung des Monitorings mit einem Integrationskonzept, in dem die Leitlinien und Ziele der Integrationspolitik formuliert werden. Idealerweise *folgt* die Entwicklung und Implementierung des Monitorings der Entwicklung eines Integrationskonzepts, sodass die auszuweisenden Integrationsindikatoren den formulierten Integrationszielen angepasst bzw. aus ihnen abgeleitet werden können. (...)

4. Die Kunst eines erfolgreichen Monitorings zeigt sich in der Begrenzung der Indikatoren auf eine überschaubare Anzahl der wichtigsten Kennziffern. Es gilt: weniger ist mehr. Die Anzahl der Indikatoren (ohne Hintergrunddaten) sollte 40 nicht übersteigen, um das Kriterium der Übersichtlichkeit und Nachvollziehbarkeit zu wahren.

5. Die Adressaten des Monitorings sollten vor der Umsetzung des Konzepts klar formuliert werden. Ein internes Monitoring, das sich vor allem an die Planer und Experten richtet, kann eine andere, differenziertere Struktur haben als eines, das sich an die Politik und Öffentlichkeit wendet, da es im letzteren Fall um eine Übersetzungsleistung komplexer Daten in auch der Allgemeinheit verständliche Aussagen geht. (...)

6. Monitoring ist auf Dauer angelegt und bedarf einer kontinuierlichen Zu- und Mitarbeit der beteiligten Akteure und Institutionen. Um inhaltliche und personelle Kontinuität zu wahren, sollten zwei Dinge berücksichtigt werden: Erstens sollten das jeweilige Integrationsamt und das jeweilige statistische Amt die federführenden Kooperationspartner bei der Umsetzung des Monitoring sein. In jedem Amt bzw. jeder Behörde, in der Daten erhoben werden, sollte ein bestimmter Ansprechpartner für die Bereitstellung der Daten verantwortlich zeichnen.

7. Die Verwendung des Begriffs „Migrationshintergrund“ sollte einer allgemein akzeptierten Definition folgen.

8. Überall dort, wo die Indikatorenbildung nach Staatsangehörigkeit erfolgt, sollte dieses Merkmal fortgeschrieben werden, auch wenn die entsprechenden Daten entlang des Merkmals „Migrationshintergrund“ zur Verfügung stehen. Bei Einführung des Merkmals „Migrationshintergrund“ sollte der Indikator dann nach beiden Kriterien ausgewiesen werden. Zumindest für eine Übergangszeit ist daher die Verwendung mehrerer statistischer Kategorien sinnvoll.

9. Monitoringsysteme sollten perspektivisch mit abgestimmt und verknüpft werden. Eine Koordination wäre sinnvoll, sodass nicht nur ähnliche Ziele verfolgt werden, sondern auch ähnliche und vergleichbare Kennzahlen ausgewählt und ausgewiesen werden, einer gleichen Definition des Begriffs „Migrationshintergrund“ gefolgt wird und so das analytische Potenzial realisiert

werden kann, dass sich aus einem Vergleich unterschiedlicher Verfahren ergibt (...).

10. Zeitplan der Umsetzung: Ein Monitoring-Bericht sollte jeweils in der zweiten Jahreshälfte vorgelegt werden, sodass die Daten des jeweiligen Vorjahres noch einfließen können und so ein hohes Maß an Aktualität gewahrt bleibt.

11. Es wird vorgeschlagen, die Daten und die auf den Daten beruhenden Indikatoren jährlich fortzuschreiben, aber nur zweijährlich eine detaillierte Berichterstattung vorzulegen. Da für die Interpretation die längerfristigen Trends, nicht die jährlichen Abweichungen relevant sind, erscheint ein zweijähriger Berichtsmodus sinnvoll.

12. Die Präsentation der Indikatoren sollte einem einheitlichen Schema folgen, nämlich erst einer quantitativen (Quote/Tabelle), dann einer visuellen (Grafik) und schließlich einer textlichen Darstellung.

13. Für die Diskussion der Indikatoren und die zweijährlich erfolgende Interpretation der durch das Monitoring aufgezeigten Trends sollte ein stehendes Gremium aus Fachleuten einzelner (...) Ämter und Institutionen gebildet werden. Dies würde nicht nur gewährleisten, dass Interpretationen konsensuell erarbeitet werden können, sondern auch das Fachwissen der Einzelverwaltungen für eine sachgemäße Interpretation der Daten mobilisieren. Darüber hinaus würde die Einrichtung einer solchen Arbeitsgruppe, die Kooperation in und die Identifikation mit dem Projekt stärken.

14. Es sollte erwogen werden, die Vorlage für die zweijährliche Berichterstattung (Textfassung des Monitorings/Interpretation der Daten und ihrer Trends) durch eine externe Institution oder Person begleiten zu lassen, um einen kritischen und unabhängigen Blick zu garantieren, der nicht durch Partikularinteressen eines einzelnen Amtes geprägt ist.

15. Das Monitoring muss in den ersten Jahren ein hohes Maß an Flexibilität wahren, was die dargestellten Themenbereiche und die ausgewählten Indikatoren anbelangt. Eine endgültige Auswahl der Themenbereiche und Indikatoren kann erst im Laufe der nächsten zwei bis vier Jahre vorgenommen werden, da die Erfassungskategorien (Staatsangehörigkeit / Migrationshintergrund) im Wandel sind, einige Institutionen erst in Zukunft beginnen nach solchen Kategorien zu erheben oder es oft noch administrativer oder legislativer Änderungen bedarf, um überhaupt die benötigten Daten zu generieren. (...) Es sollten auch Platzhalter für zukünftige (weiter) Indikatoren beibehalten werden. Jedoch sollte darauf geachtet werden, ein möglichst hohes Maß an Kontinuität und Kohärenz zu wahren, sodass die Analyse von Entwicklungen und Trends ermöglicht wird. (...)

16. Eine Auswahl von Indikatoren könnte zu einem Integrationsindex verdichtet werden, der analog zu Indizes im Bereich der Wirtschaft (z.B. Lebenshaltungskostenindex, Aktienindex, Investitionsklimaindex) aus z.B. elf (gewichteten) Indikatoren gebildet wird. Der Index würde in nur einer Zahl das Auf und Ab des Integrationsgeschehens (...) abbilden. (...) Wird ein Integrationsindex gebildet, so sollte dieser erst nach den ersten sechs Jahren öffentlich gemacht werden, um intern seine Validität über die Zeit zu prüfen und der Gefahr vorzubeugen, dass sich das mediale Interesse auf nur eine komprimierte Zahl verengt.

17. Allgemeine Aussagen sollten bei der Indikatorenbildung und -auswahl stets dem Speziellen vorausgehen. Dies gilt insbesondere auch mit Blick auf die nachvollziehbaren Wünsche und Interessen einzelner Fachverwaltungen und Ämter, das Monitoring für ihre eigenen (berechtigten) Partikularinteressen in Anspruch zu nehmen.

Ist Integration messbar?
Sinn und Hintersinn von
Integrationsmonitoring

Rainer Ohliger

www.network-migration.org

NETZWERK **MIGRATION** IN EUROPA

Begriffsklärung

Monitoring, Evaluierung, Benchmarking,
Controlling

Gesellschaftspolitische Einbettung

- Öffnung und ‚Politisierung‘ der Integrationsdebatte
- „new governance“
- „Vermarktlichung“ politischen und administrativen Handelns

Aufgabe, Ziel und Funktion von (Integrations-)Monitoring

Was kann Integrationsmonitoring leisten?

- empirisch gestützte Diskussion und Politik im Bereich der Migrations- und Integrationspolitik und -diskurse
- Zeitraumbetrachtung von Integrationsverläufen definierter Gruppen

Was kann Integrationsmonitoring leisten?

- Hintergrundwissen für integrationspolitische Entscheidungen liefern
- Integrationspolitik beobachten - Integrationsstand messen
 - Input-/Outputorientierung
 - keine direkte Wirkungsanalyse

Was kann Integrationsmonitoring nicht leisten?

- keine Evaluation von Programmen
- keine Aussagen zum Stand der Integration von Individuen
- keine direkte Steuerung
- keine Handlungsanweisung zur Formulierung politischer Entscheidungen

Laufendes Monitoring I

- Europa:
 - Migration Policy Index (MIPEX):
Inputindikatoren
 - Rat der Justiz- und Innenminister (Mai 2007): Absicht zur Entwicklung von Integrationsindikatoren

Laufendes Monitoring II

- Bund:
 - Integrationsmonitoring mit 102 Indikatoren in 12 Themenfeldern erstmals im Juni 2009 vorgelegt
- Bundesländer:
 - Berlin: Integrationsmonitoring mit 43 Indikatoren in 10 Themenfeldern erstmals im Mai 2009 vorgelegt
 - NRW: Teil des Integrationsberichts seit 2008 (auf Basis des Mikrozensus) plus geplanter NRW-Survey
 - sieben Pilotländer (März 2010: Integrationsministerkonferenz), für alle 16 Länder bis Ende 2010 (Mikrozensus): 7 Themenfelder/28 Indikatoren

Laufendes Monitoring III

- Kommunen:
 - Wiesbaden als Vorreiter
 - KGSt (Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung):
Blaupause für Kommunen
 - Berlin, München, Stuttgart,
Frankfurt/Main, Solingen, Essen

Bedingungen und Herausforderungen

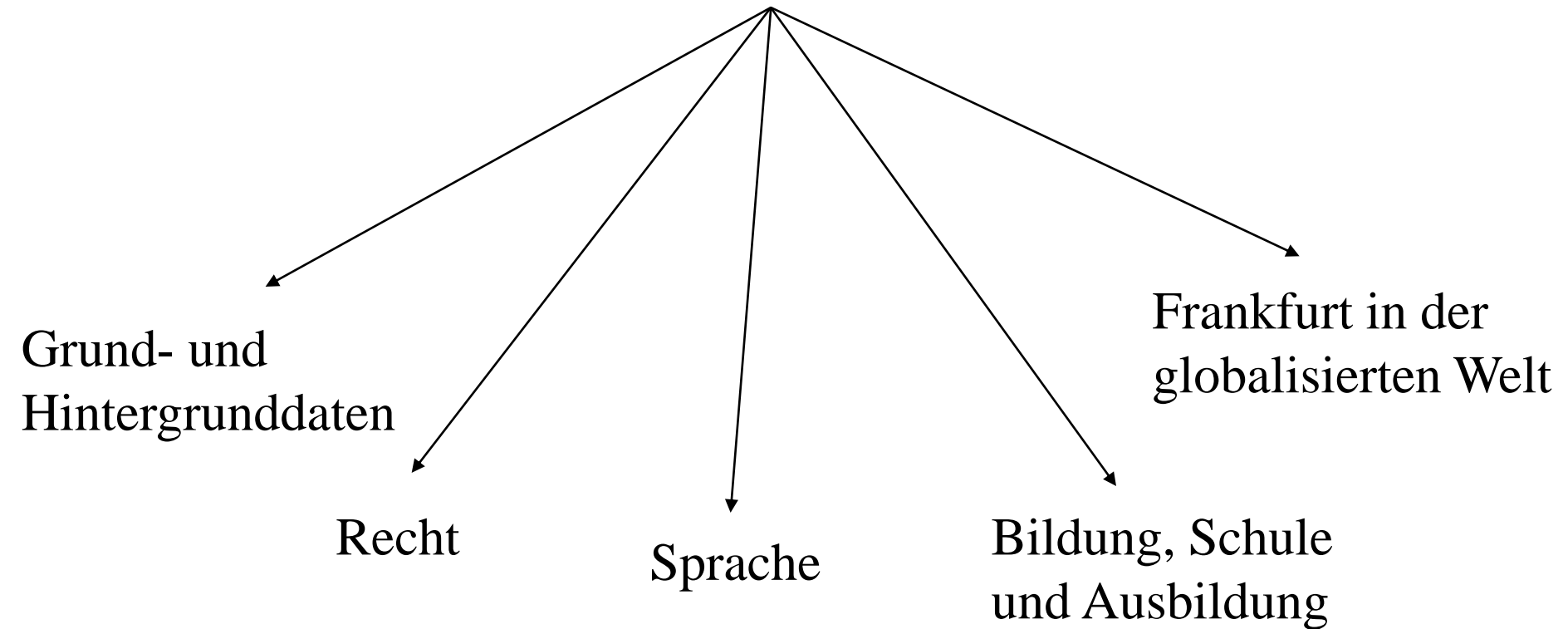
- Allgemeingültigkeit und Vergleichbarkeit von Indikatoren gewährleisten
- Input- oder Output-Indikatoren messen
- verbindliche und gleiche Definitionen verwenden (z.B. „Migrationshintergrund“)
- Vereinheitlichung der Statistik
- Legitimation und Akzeptanz durch Partizipation sichern

Das Frankfurter Monitoringkonzept als Beispiel

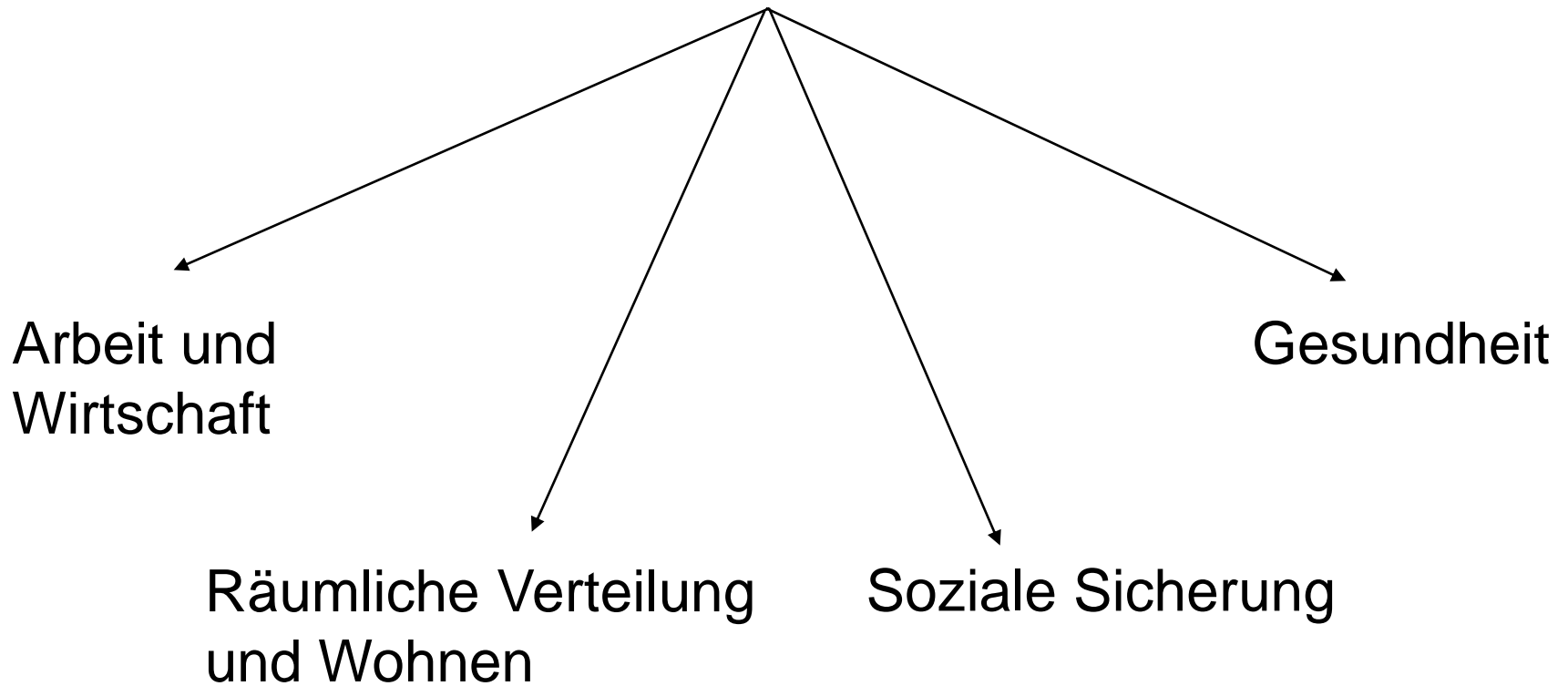
Integration und Vielfalt messen: Konzept für
ein Frankfurter Monitoring (2009)

Vorgeschlagene Themenfelder

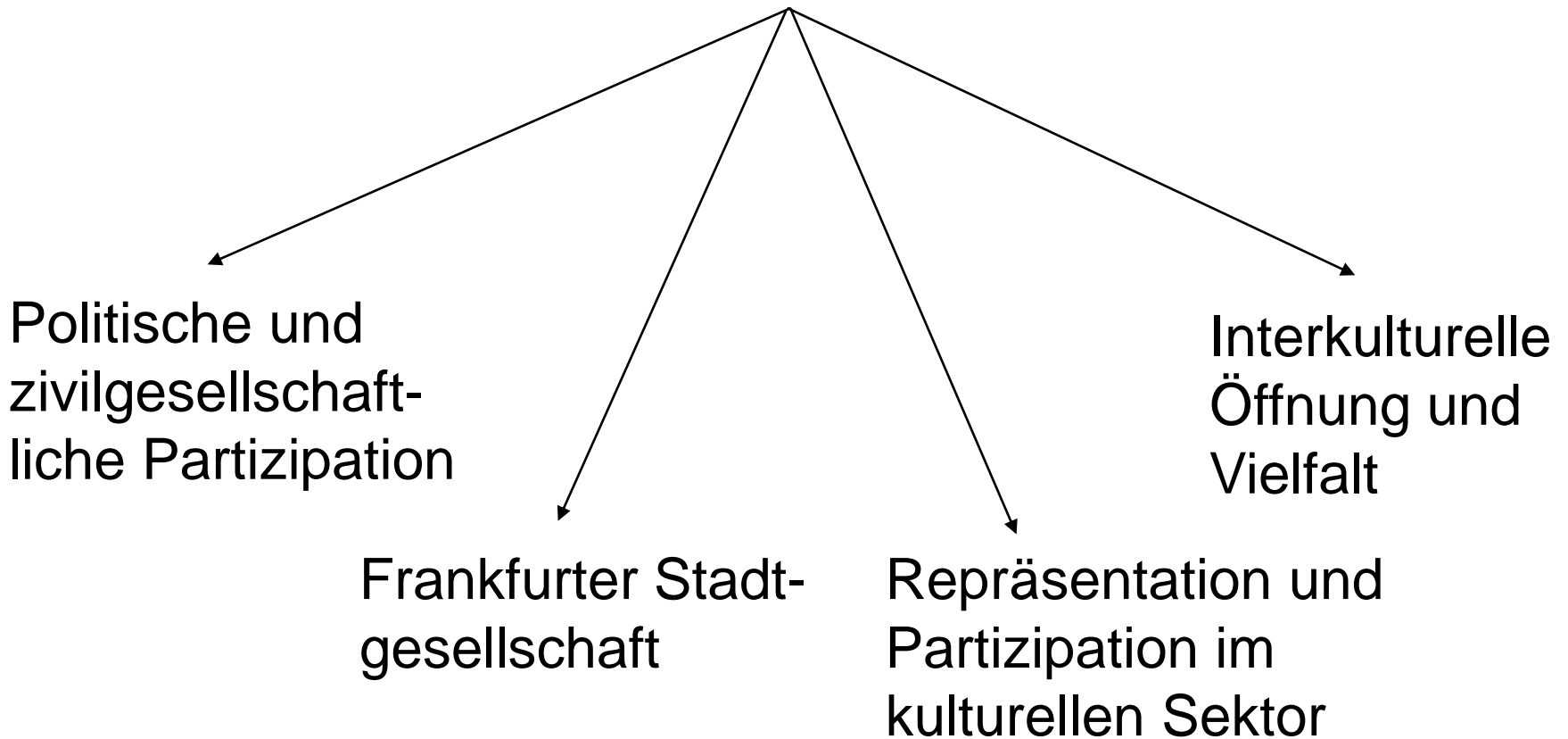
Themenfelder (1-5)



Themenfelder (6-9)



Themenfelder (10-13)



Umsetzung

- Auswahl von neun Themenfeldern
- Auswahl von 38 aus 55 Indikatoren
- Umsetzung nach Abfassung des Integrationskonzepts

Nummer des Indikators	1.2.
Themenfeld	Recht
Name des Indikators	Quote des Einbürgerungspotentials
Beschreibung und Berechnung des Indikators	Anzahl der einbürgerungsberechtigten nicht-deutschen Staatsangehörigen geteilt durch die Anzahl aller nicht-deutschen Staatsangehörigen
Quelle/Amt	Bürgeramt, Statistik und Wahlen
Verfügbarkeit	verfügbar: Berechnung aus Daten des Amtes für Bürger, Statistik und Wahlen/des Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main
Art der Verfügbarkeit	nach Staatsangehörigkeit
Sonstige Anmerkungen	siehe 1.1.

Nummer des Indikators	3.12.
Themenfeld	(Aus-)Bildung, Erziehung und Schule
Name des Indikators	Schulabgangsquote von Berufsfachschulen und beruflichen Gymnasien
Beschreibung und Berechnung des Indikators	Anzahl der Schulabgänger/innen von Berufsfachschulen und beruflichen Gymnasien mit Abschluss an der Gesamtzahl der Schulabgänger/innen mit einem solchen Abschluss)
Quelle/Amt	Staatliches Schulamt
Verfügbarkeit	verfügbar: Berechnung aus Daten des Staatlichen Schulamtes
Art der Verfügbarkeit	nach Staatsangehörigkeit
Sonstige Anmerkungen	- da die absoluten Schülerzahlen an diesen Schulformen sehr gering sind, ist die Relevanz des Indikators fraglich; allerdings liegt die Anzahl der nicht-deutschen Schüler/innen an dieser Schulform sehr viel höher, sodass der Indikator mit Blick auf die Selektivität des Schulwesens von Interesse sein könnte

Umsetzung

- Auswahl von neun Themenfeldern
- Auswahl von 38 aus 55 Indikatoren
- Umsetzung nach Abfassung des Integrationskonzepts

Workshop1: Ist Integration messbar? Sinn und Hintersinn von Integrationsmonitoring

Impulsreferat: Rainer Ohliger
Netzwerk Migration in Europa
Moderation: Michael Treiber
Dokumentation: Kirsten Levsen

Leitfragen:

1. Wer entwickelt die Indikatoren für ein Integrationsmonitoring und wer nimmt die Auswertung vor?
2. Führt die Datensammlung zur Festlegung von Stereotypen?
3. Welche Auswirkungen hat ein Integrationsmonitoring auf die soziale Situation von Migrantinnen und Migranten, sowie auf die Arbeit von Beratungsstellen und anderen Akteuren der Migrationsarbeit?

Monitoring

Beinhaltet :

- Auswahl verfügbarer Daten aus der Statistik (vorwiegend öffentlicher Ämter)
- Betrachtung sozialer Prozesse über einen längeren Zeitraum(z.B. die Integrationsverläufe definierter Gruppen)
- Richtet sich als Informationsinstrument an eine (Fach-)Öffentlichkeit
- Muss Komplexität reduzieren, aber aussagefähig bleiben und empirisch gestützt sein
- Über Begrifflichkeiten und Definitionen (z.B.“Migrationshintergrund“) muss eine grundsätzliche Einigung bestehen
- Hat eine Versachlichung der Integrationsdebatte zum Ziel
- Muss verankert sein in Integrationskonzepten und Integrationspolitik
- Formulierung des Erkenntnisinteresses („Zweck“ „Nutzung“)
- Reduktion von Indikatoren notwendig („weniger ist mehr“)
- (auch) „positive“ Indikatoren finden, weg vom Defizitansatz, keine Stigmatisierung, Datenbegrenzung
- Datenschutzbeauftragter muss einbezogen werden

Diskussion, Fragen (F) und Antworten(A)

F: Beziehen sich die Indikatoren bei einem Monitoring nur auf Menschen mit einem Migrationshintergrund oder auch auf die einheimische Bevölkerung? Integration ist ein zweiseitiger Prozess, also kann nicht nur die Gruppe der MigrantInnen im Fokus stehen

A: Unterschiedlich; manchmal werden Indikatoren mit Referenzgrößen festgelegt (z.B. bei einem Indikator „Hauptschulabschluss“), manchmal macht das keinen Sinn (z.B.: bei „Staatsangehörigkeit“). Referenzgröße kann Gesamtbevölkerung oder Bevölkerung ohne Migrationshintergrund/ deutscher Staatsangehörigkeit sein

Zum 2.Teil der Frage: dann sollte man sich die Frage stellen, ob man nicht eher ein Sozialmonitoring braucht. Ein Integrationsmonitoring darf nicht überfrachtet werden, sollte aber auch keine Reduzierung nur auf die Leistungen der Zuwanderer sein.

F: „Verfügbarkeit von Daten“ darf nicht zum Kriterium für die Entwicklung von Indikatoren erhoben werden. Ähnliche Probleme wie beim Integrationsmonitoring stellen sich beispielsweise bei dem Controllingkonzept der Migrationssozialberatung. Auch hier stellt sich die Frage: Ist das Kriterium die Messbarkeit oder orientiert man sich an Inhalten?

A: Der 1. Schritt ist immer die Entwicklung von Zielen. Es ist nicht möglich, kostenneutral ein Indikatorenset zu entwickeln, da die Daten erhoben und bearbeitet werden müssen. Sinnvoll ist ein Integrationsmonitoring nur in einem sinnvoll abgesteckten Rahmen.

F: „Angekommenheit in einer Gesellschaft“: wie will man das denn messen? Bisher erfassen Indikatoren nur das, was die MigrantInnen erbringen. Denkbar wäre doch auch ein Indikator wie: „Anzahl von Beschwerden wg. Diskriminierung“

A: das ist der Unterschied zwischen „input“ und „output“- Monitoring. Ein Input- Monitoring schaut sich auch den gesellschaftlichen Rahmen an, aber: bei unzuverlässiger Datenlage besteht die Gefahr unzulässiger Aussagen

F: Die Bundesbeauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration hat in 2009 einen Integrationsindikatorenbericht vorgelegt. Warum ist das nicht ausreichend? Warum brauchen einzelne Städte wie z.B. Frankfurt nun noch ein eigenes Monitoring?

A: Für kleinere Regionen sind die Aussagen nicht hinreichend zuverlässig. Die Stichprobe ist zu klein. Die soziale Lage wurde in der Studie vernachlässigt.

F: Frage nach dem zeitlichen Ablauf eines Integrationsmonitorings in einer Kommune/ Beispiel Frankfurt

A: Ca. ein Jahr für die Entwicklung; es wurden 25- 30 Ämter befragt.

Es fand eine Fachtagung statt, das Konzept wurde im Integrationsausschuss vorgestellt.

Reine Arbeitszeit: ca. 4 Monate.

F: Wo gab es den größten Widerstand?

A: Das war abhängig von personellen Konstellationen. Eine „harte Nuss“ war die BAA, auch das BAMF, dort, wo es einen „Überhang an Juristen“ gibt.

F: Was kostet ein I-monitoring?

A: Kosten des I- monitoring des Bundes: 80.000 €, Stadt Frankfurt a.Main: 30.000 €

In beiden Fällen ist aber zusätzlich viel interne Arbeitskraft fest angestellter MitarbeiterInnen eingeflossen, insbesondere beim Bund, wo einzelne Ministerien Daten geliefert und aufgearbeitet haben.

F: Was macht ein Integrationsmonitoring sinnvoll?

A: Es dient der Versachlichung der Debatte. Es können Entscheidungen getroffen werden aufgrund von harten Daten.

Man kann sich natürlich fragen, ob es sinnvoll ist, für MigrantInnen eine „Sonderberichterstattung“ zu machen. Das geschieht allerdings auch mit anderen gesellschaftlichen Gruppen, wie z.B. den Arbeitslosen.

F: Es liegt doch schon genug Datenmaterial vor, aus dem Mikrozensus beispielsweise oder der Gesundheitsberichterstattung.

Welche Haltung/ Philosophie steht hinter einem I-monitoring?

A: Richtig, es werden viele Daten erhoben. Hier handelt es sich um einen gesellschaftspolitisch interessanten Bereich. Die Daten liegen an den verschiedensten Stellen vor und müssen zusammengeführt werden. Wichtig ist, dass vor der Sammlung eine politische Entscheidung steht und dass Ziele formuliert werden.

F: Wer hat im Fall des Frankfurter Integrationsmonitoring den Begriff „Migrationshintergrund“ definiert?

A: das Bürgeramt Statistik und Wohnen hat den Begriff „Migrationshinweis“ definiert.

Andere Ämter hatten z. T. andere Definitionen.

F: „Alter Wein in neuen Schläuchen“. Eigentlich weiß man doch, woran es liegt, ob es klappt mit der Integration. Die Interpretationen können immer auch missbräuchlich sein.

Weiterhin richtet sich der Blick immer auf bestimmte Herkunftsländer. Keiner kommt auf die Idee, den Integrationsgrad von Dänen in Flensburg zu messen.

A: Es könnte z.B. eine Einbürgerungskampagne unterstützt werden durch die Ergebnisse eines I-monitoring. Politisch- moralische Fragen können mit diesem Instrument nicht bearbei-

tet werden. Natürlich kann man darüber streiten, ob es ein extra Monitoring für den Sachverhalt „Integration“ geben soll.

Es kann auch kein Heilmittel für Fragen der nachholenden Integration sein.

F: Wie „Integration“ umgesetzt wird, ist eine politische Frage. Erkenntnisse im Zusammenhang mit Migration können in die Sozialberichterstattung eingebettet werden.

Jemand muss einen Blick darauf haben, wie die Daten benutzt werden können.

A: Es sollte keine Heilserwartungen an irgendein Instrument geben. Der Prozess und die Diskussion sind wichtiger. Die Stadt Wiesbaden z.B., die in 2005 ein erstes Monitoring vorgelegt hat und als Vorreiter in der Entwicklung von M. gilt, hat einen nackten Zahlenbericht vorgelegt. Das ist zu wenig. Eine Berichterstattung und eine Auswertung gehören ebenfalls dazu, d.h. eine Kontextualisierung der Ergebnisse. Diese müssen in einen Zusammenhang gestellt werden. Verwaltung folgt hier u. U. einer anderen Logik als die Wissenschaft. I-monitoring kann gut in eine Sozialberichterstattung integriert werden. Das ist kostengünstig und rational.



Dr. Daniel Müller



Doris Kratz-Hinrichsen

Workshop 2 Das Bild ethnischer Minderheiten in den Medien

Impulsreferat: Dr. Daniel Müller, TU Dortmund, Institut für Journalistik

Moderation: Doris Kratz-Hinrichsen

Dokumentation: Johanna Böttcher

Leitfragen:

- 1. Wie können Medien es verhindern, Vorurteile/Stereotypen über bestimmte ethnische Minderheiten zu transportieren?**
- 2. Gibt es ein typisches Bild von ethnischen Minderheiten in den Medien? Sind Medien geeignet, Vorurteile abzubauen? Welchen Einfluss haben ethnische Minderheiten auf die Darstellung ihrer Community in den Medien?**
- 3. Spiegeln Medien ein realistisches Bild der Einwanderungsgesellschaft? Können Medien zu einer Versachlichung beitragen? Wie? Fördern migrantische Communities ein spezielles Bild von ethnischen Minderheiten in den Medien? Spielen Migranten das Spiel mit?**

Nach dem Eingangsreferat von Dr. Daniel Müller folgte eine rege Diskussion zu folgenden Themen:

Diverse Studien haben die Darstellung von MigrantInnen/ethnischen Minderheiten seit 1965 in der Presse untersucht (es gibt viele Studien über Darstellungen in der Presse, weniger im Hörfunk, Fernsehen noch weniger, Internet kaum).

Eine kontinuierliche Pressearbeit und Beziehungspflege bringt etwas:

- darüber bringt man Migration auch anders in die Medien
- Spielräume nutzen!
- „Ereignisse schaffen und nutzen“, damit Medien berichten
- Massenmedien berichten über Anlässe - Inhalte

Migrantinnen und Migranten identifizieren sich teilweise nicht mit deutschen Medien

- weichen auf eigene Sender per Satellit aus
- unterschiedliche Berichterstattungen bereichern auch durch unterschiedlichen Perspektiven/Sichtweisen

Die bestehenden Nachrichtenfaktoren (bestehende Faktoren der Berichterstattung) sind derzeit: Promis/Kriminalität/aktuell.

Die Nachrichtenfaktoren können sich ändern, dies ist aber nicht so einfach, da die Nachfrage die Berichterstattung beeinflusst.

Nachfrage vs. Bildungsauftrag

Eine Richtlinie des Presserates besagt, dass ethnischer Hintergrund nur erwähnt werden soll, wenn es wichtig ist.

Wichtig ist, Migrantinnen und Migranten stärker zu erreichen, z.B. durch Angebote der Presse - öffentlich-rechtlichen Presse.

Gesellschaftliche Repräsentation der Themen müssen sich ändern, dann ändert sich die Berichterstattung.

Negativberichterstattung

Anregung aus dem Workshop: bei Kriminalität ethnischer Herkunft weglassen („südländisches Aussehen“)?

Die Ausbildung im öffentlich-rechtlicher Rundfunk geht verstärkt auf Migrantinnen und Migranten zu; die Zahl der Journalisten mit Migrationshintergrund vor und hinter der Kamera hat sich erhöht – es existieren aber keine Zahlen, wie viele Journalisten Migrationshintergrund haben (muss erhoben werden).

Auswirkungen der Finanzkrise: Kürzungen bei dpa - 1. Opfer der Kürzung -> Deutsch-türkischer Dienst (eingestellt worden) und ähnliche Initiativen

Anteil von MigrantInnen in Aufsichtsgremien (Rundfunkrat, Presserat) ist sehr marginal – meist sind es VertreterInnen der Kirchen, die Migrationshintergrund haben – dies muss sich ändern.

Abschließende Fragen:

Spiegeln Medien ein realistisches Bild der Einwanderungsgesellschaft?

Nein, können sie nicht, da sie situationsabhängig berichten

Können Medien es verhindern, Vorurteile/Stereotypen über bestimmte ethnische Minderheiten zu transportieren?

Nein, nur sehr schwer.

Das Bild ethnischer Minderheiten in den Medien

- 1. Vorbemerkungen zum Projekt, zu „ethnischen Minderheiten“ und „Integration“
- 2. Die Erforschung der Darstellung von ethnischen Minderheiten in den Medien
- 3. Der Befund einer „negativen Verzerrung“
- 4. Debattierte Vorschläge zur Verbesserung der Situation
- 5. Grundsätzliche Einwände dagegen
- 6. Fazit/Ausblick

1. Vorbemerkungen

- 1.1. Projekt „Mediale Integration ethnischer Minderheiten“
- - interdisziplinär (Soziologie/Journalistik)
- - Ländervergleiche (u. a. Deutschland/USA, Kanada)
- 1.2. Warum „ethnische Minderheiten“ (und nicht „Migranten“)?
- 1.3. Warum „Integration“, was ist damit gemeint?
- - Abgrenzung von normativer kultureller Assimilation
- - Notwendigkeit eines sozialstrukturellen Eingliederungsprozesses

2

2. Die Erforschung der Darstellung von ethnischen Minderheiten in den Medien

- 2.1 Forschung in Deutschland beginnt ca. 1965 (vgl. Delgado 1972); Studien zur Darstellung der „Gastarbeiter“ (1970er), „Ausländer“ (1980er), „Migranten“ (1990er ff.) vergleichsweise häufig
- 2.2 Forschungsprozess (Presse, Hörfunk, Fernsehen, WWW)
- 2.3 Quantitative Ansätze
- - z. B. Anteil der Migranten an der Berichterstattung (absolut/relativ zum Bevölkerungsanteil)
- - Vergleiche von Rollen
- - Vergleiche von Gruppen
- 2.4. Qualitative Ansätze

3

3. Der Befund einer „negativen Verzerrung“

- 3.1. Kritik an kaum dargestellten positiven Aspekten von Zuwanderung
 - - wirtschaftlicher Nutzen allgemein, individuelle Erfolgsgeschichten
- 3.2 Kritik an starker Konzentration von Negativberichterstattung
 - - Kriminalität, Kostenbelastung, Fremdheit, vor allem seit 2001 Terrorismus
 - - bestimmte Gruppen besonders negativ dargestellt (Muslime/Türken)
- 3.3. Sonderfall rechtsextremistische Medien
- 3.4. Unsicherheit über Wirkungen; Sonderfall ausländerfeindliche Anschläge

4

4. Debattierte Vorschläge zur Verbesserung der Situation

- 4.1. Inhaltliche Regulierung von Negativberichterstattung
- 4.2. Förderung von Positivberichterstattung
- 4.3. „Diversity (Mainstreaming)“, „Affirmative Action“ mit/ohne Quote
 - - in Redaktionen/Medienbetrieben, auch in der Hierarchie
 - - in Aufsichtsgremien des öffentlich-rechtlichen Rundfunks
- 4.4. „Sensitivity Training“ in Aus- und Weiterbildung
- (Außer Konkurrenz: „Wir müssen die Nachrichtenfaktoren ändern!“)

5

5. Grundsätzliche Einwände dagegen

- 5.1 Einwände *fiction* und Journalismusforschung
- 5.2 Massenmedien berichten über Ereignisse, nicht Strukturen
- 5.3 Die Sozialstruktur der Minderheiten ist ungünstig
- 5.4 Nicht alle Ereignisse sind gleich nachrichtenswürdig/berichtenswert
- 5.5 Nachrichtenfaktoren als Verzerrungsfaktoren (Bsp. USA 2000)
- 5.6 Journalisten (auch Minderheitenangehörige selbst) sind an diese Faktoren gebunden; sie können *sich ändern*, aber nicht mal eben *geändert werden*

Workshop 3

„Von der Multikulturellen Gesellschaft zum Integrationsmonitoring?

Eine kritische Auseinandersetzung mit dem Integrationsdiskurs“

am 14. Januar 2010 im Wissenschaftspark Kiel

Vortrag „ Von Multikulturalität zu Diversity. Neue Formeln für alte Verhältnisse“

von Dr. Nevim Çil



Der Begriff der „Diversity“ löst in der deutschen Wissenschaftsdebatte zunehmend die Terminologie der Multikulturalität ab. Mit dieser Verschiebung ist gleichzeitig die Bemühung verknüpft, die veränderte Zusammensetzung der Bevölkerung und damit einhergehend die (neu) entstandene gesellschaftliche Landschaft in den Fokus zu rücken. Diversity in Deutschland wird als Vielfalt verstanden, welche die zuvor als Randphänomen beschriebenen Zustände wie Migrationshintergrund, Alter, Gender, aber auch Bildungs- und Schichtunterschiede deutlicher sichtbar zu machen versucht, wobei ich mich hier lediglich auf den Aspekt Migrationshintergrund konzentrieren werde. Spätestens seit dem Mikrozensus 2005 geht eine allgemeine Verwunderung darüber durch das Land, wie verschiedenartig die Hintergründe der Menschen mittlerweile sind, die in Deutschland leben. Hervorgehoben werden muss jedoch, dass sich nicht die Menschen oder ihre Hintergründe innerhalb einer kurzen Zeit verändert haben, sondern die Erhebungsmethoden und damit verknüpft die Sichtweise auf Menschen mit Migrationshintergrund. Diese veränderte Sichtweise verdeutlicht vor allem, dass Handlungsbedarf hinsichtlich der gerechten Teilhabe und Chancengleichheit im gesamtgesellschaftlichen Gefüge besteht.

Der Wandel von einer multikulturellen hin zu einer der Diversität zugewandten Gesellschaft geht im ersten Augenblick mit dem Anschein eines Paradigmenwechsels einher. Demnach wird der Migrationshintergrund nicht als ein Defizit, sondern vor allem als eine positive Herausforderung für die Entwicklung einer Gesellschaft betrachtet. Der Paradigmenwechsel mündet ohne Zweifel in einem (Er-)Kenntnisgewinn, da der Migrationshintergrund und insbesondere die verschiedenen Migrationsursachen einen komplexen und vielschichtigen Prozess darstellen. Der Fokus auf den Migrationshintergrund und die Migrationsursachen rückt herkunftsspezifische Aspekte in den Fokus der Wissenschaft und Politik. Herkunftsspezifische Aspekte, die Eingang in das so genannte *Ethnic Monitoring* oder Integrationsmonitoring gefunden haben und aktuell in der Bundesrepublik besprochen werden, bergen neben den Chancen der Sensibilisierung für Ausgrenzung und

Diskriminierung auch die Gefahr einer Reduzierung der betroffenen Gruppen auf Herkunft und Ethnie mit sich.

Die Multikulturalität der 1980er Jahre lässt sich als den Versuch beschreiben, Unterschiede zwischen nationalen Zugehörigkeiten in den Hintergrund und anstelle dessen Fragen von gesellschaftlicher Partizipation (z.B. kommunales Wahlrecht) in den Vordergrund zu stellen. Diversität wiederum verfolgt den umgekehrten Prozess. Nicht die Gleichheit, sondern die Unterschiede und Verschiedenheiten der (ethnischen) Hintergründe werden zum ausschlaggebenden Instrument, um eine Sensibilisierung für Vielfalt zu erzeugen.

Die Frage, die sich aus der wissenschaftlichen Perspektive stellt, ist, wer von diesem Paradigmenwechsel profitiert, wenn die machtsspezifische Ungleichheit in der Verteilung von gesellschaftlichen Ressourcen nicht nur weiterhin Bestand hat, sondern - vor allem in Krisenzeiten - weiterhin verfestigt wird. Der Versuch, mit dem Diversitätsansatz Ungleichheit sichtbar zu machen, um sie zu beheben, kann zur Verschlechterung der gesellschaftlichen Position von Menschen mit Migrationshintergrund - vor allem bestimmter Gruppen - führen, wenn sie aus der ethnisierenden Perspektive heraus wahrgenommen werden. Diese Ambivalenz, die der Diversitätsansatz mit sich bringt, verstärkt sich dann, wenn ethnische Merkmale, die in der deutschen (Mehrheits-) Gesellschaft zum Ausschlusselement werden, reproduziert werden.

Workshop 3

Integrationsdruck und Selbstzuschreibungen bei MigrantInnen

Impulsreferat: Dr. Nevim Cil
Moderation: Torsten Döhring
Dokumentation: Renate Wegner

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir begrüßen Sie sehr herzlich hier im Workshop 3, in dem zum Thema Integrationsdruck und Selbstzuschreibungen bei Migrantinnen und Migranten gearbeitet werden soll.

Ich hoffe, Sie schätzen den Workshop ebenso positiv ein wie eine aktuelle Meldung der Bertelsmannstiftung vom 7.1.2010: Demnach schauen 53% der Migrantinnen und Migranten mit Zuversicht in das kommende Jahrzehnt, bei den unter 25-Jährigen sind es sogar 70%.

Besonders begrüßen möchten wir Frau Dr. Nevim Cil. Frau Cil hat das Studium der Religionswissenschaften, Ethnologie und Politikwissenschaften an der Freien Universität Berlin absolviert. Sie war Mitarbeiterin von Bundestagsabgeordneten, u.a. von Joschka Fischer. Sie hat promoviert zum Thema „Generation, Migration und der deutsch-deutsche Wiedervereinigungsprozess. Position türkischer Außenseiter im Kontext der gesellschaftlichen Umbruchphase.“ Später war sie dann wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Europäische Ethnologie der Humboldtuniversität zu Berlin.

Wir haben 3 Fragenkomplexe vorbereitet, die wir mit Ihnen nach dem Impulsreferat von Frau Dr. Cil gern bearbeiten möchten.

Leitfragen:

1.)

- **Empfinden Menschen aus unterschiedlichen communities den Integrationsdruck auf unterschiedliche Art und Weise *und warum?*** z. B. . Türkestämmige oder EU- BürgerInnen, z. B. Polen.
 - wegen der Fokuszierung auf bestimmte Migrantengruppen
 - wegen des unterschiedlichen Klischees der Herkunftsländer z.B. Japan oder Marokko
- **Definieren sich Menschen mit Migrationshintergrund nach dem vermeintlichen Grad ihrer Integration *und wie zeigt sich das?***
 - „Ich bin ja gut integriert, habe Abitur und studiere“
 - ausländerrechtliche Vorgaben bei Ehegattennachzug und Teilnahmepflicht an Integrationskursen

2.)

- **Führt die Integrationsdebatte zu einem verstärkten Bekenntnis zur eigenen community *und welche Folgen hat dies?***
 - ausgegrenzt fühlen
 - bewusstes Auftreten als „Türke“, als Moslem
 - Gründung von Migrantenselbstorganisationen
- **Empfinden Menschen mit Migrationshintergrund die Integrationsdebatte als Druck zur Assimilierung, *welche Folgen hat dies?***
 - Abwanderung in Drittländer oder Herkunftsländer
 - bewusstes Zuziehen in bestimmte Wohnquartiere

- bewusstes Auftreten als „Türke“, als Moslem
- Gründung von Migrantenselbstorganisationen

3.)

- **Spaltet die Integrationsdebatte / der Integrationsdruck Menschen mit Migrationshintergrund in „gut integrierte“ und die anderen, mit welchen Folgen?**
 - Entsolidarisierung „Die Sunniten sollen sich ändern, uns Aleviten betrifft dies nicht (Kopftuchverbot, Schächten, eigene Schwimmzeiten für Muslime, Moscheebau etc.)“
 - gut ausgebildete Menschen mit Migrationshintergrund distanzieren sich von weniger gut ausgebildeten, „die sollen mehr tun – so wie ich“
 - verfestigt bestehende Vorurteile, „asiatische Zuwanderer sind eben gut in der Schule, die aus den ehemaligen Anwerbestaaten eben nicht“

4.)

- **Forderungen an Integrationsdebatte, Politik, Wissenschaft, Fachdienste, Medien**
 - soziale Fragen nicht ethnisieren
 - Anforderungen an betroffene Menschen mit Migrationshintergrund im jeweiligen Einzelfall konkret definieren, z.B. berufliche Erfordernisse, Sprachanforderungen – nicht verallgemeinern als „Integrationsleistungen“

Diskussionsergebnisse:

Integration ist häufig Bringschuld von MigrantInnen: „Ihr müsst etwas leisten, dann seid ihr integriert!“

Verstärkung des Leistungsdrucks, da MigrantInnen häufig als defizitär gesehen werden.

MigrantInnen sollten besser „klein gehalten werden“, da sie ansonsten Konkurrenten sein könnten.

⇒ MigrantInnen müssen mehr in der Öffentlichkeit und in Führungspositionen sichtbar werden.

Betrachtung der Integration unter dem Begriff „diversity“. Integrationsbegriff ist nicht eindeutig geklärt, welches sind die Indikatoren für einen Integrationserfolg?

Wer bestimmt den Grad der Integration? Wer ist der „besser Integrierte“? Wer äußert den Integrationsdruck? Inwiefern können MigrantInnen selbst bestimmen?

Sonderbehandlung von MigrantInnen löst das Problem nicht.

Erreicht die Diskussion auch die MigrantInnen?

MigrantInnen fühlen sich schuldig, „weil sie nicht genug getan haben“ oder weil sie meinen, noch mehr tun zu müssen. Es entsteht ein Rechtfertigungsdruck, der krank macht.

Es gibt rechtlichen Druck, ebenso strukturellen Druck, u.a. durch fehlende interkulturelle Kompetenz von Ämtern und Behörden, durch Nichtanerkennung von mitgebrachten Qualifikationen, aber auch ein „eigener“ Druck, z.B. durch bestimmte Zuschreibungen von außen, Anforderungen, die deutsche Sprache zu lernen usw.

Der „gefühlte“ Integrationsdruck („ich erhalte keine Anerkennung“) beeinflusst das Verhalten und fördert Rückzug.

Integrationsdruck entsteht durch Zuschreibung, wird verstärkt durch schlechte Bildung, Herkunftsfamilie („soziale Schicht“) und auch durch Zugehörigkeit zu bestimm-

ten Migrantengruppen. MigrantInnen aus den USA beispielsweise werden „mobile Menschen“ genannt und somit positiv bewertet. Die Selbstzuschreibung geht einher mit Fremdzuschreibungen der Mehrheitsgesellschaft und schafft damit eine ungleiche Machtbeziehung. Die Potentiale der MigrantInnen werden häufig nicht gesehen bzw. genutzt und die Menschen fühlen sich ausgeschlossen.

Ursula Neumann, Universität Hamburg

Schadet die Integrationsdebatte der Integration? Tagungsbeobachtung und Bewertung

Stichworte vom 14. 01.10



1. Begrüßung und eine kurze Antwort auf die gestellte Frage: Nein, die Debatte schadet dem Integrationsprozess nicht.
Die verstärkte Debatte um Integration seit dem Jahr 2000, in dem das neue Staatsangehörigkeitsgesetz eingeführt wurde, ist erfreulich. Seit dieser Zeit haben z. B. auch Untersuchungen wie PISA oder die heute von Hartmut Esser dargestellten die Menschen aufgeweckt und mit einigen Mythen aufgeräumt. Es hat sich allerdings auch gezeigt, das wurde im Beitrag von Herrn Thränhardt sehr deutlich, dass ein Schulterklopfen angesichts der Entwicklung seit dem Jahr 2000 mit „Integrationsgesetz“, AGG, Nationalem Integrationsplan, Deutscher Islamkonferenz usw. unangebracht ist.
Schädlich ist nicht die Integrationsdebatte, sondern eine Migrationspolitik, die Einwanderung verhindert, und zwar auch ökonomisch schädlich.
2. Nicht nur die Einwanderungsgesellschaft ist „normal“ geworden, sondern auch deren Wahrnehmung. Die Debatte um Integration und Einwanderung ist heute sehr viel stärker wissens- und erfahrungsbasiert, denn es liegen viel mehr Daten und Untersuchungen als früher vor, und die heute aufwachsenden Jugendlichen (z. B. meine Studierenden in der Uni) sind zum Teil selber Migranten oder mit Migranten aufgewachsen. Zumindest gilt dies für die Situation in den Großstädten.
Auch das einsetzende Monitoring über Integrationsprozesse, die sich in statistischen Daten abbilden lassen, trägt zur Versachlichung der Debatte bei.

Schädlich für die Integration ist die Umstrukturierung des Arbeitsmarktes, die den geringer qualifizierten Migranten und ihren Kindern keine adäquaten Arbeitsplätze mehr bietet. Schädlich ist auch die unzureichende Leistung des Schulsystems, für diesen Arbeitsmarkt die Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund adäquat auszubilden und ihnen die Startnachteile nicht kompensiert.

In Bezug auf die gesellschaftliche Partizipation gibt es heute mehr Systematik in den Vertretungsstrukturen (Integrationsbeauftragte, Integrationsminister, Ausschüsse, etc.) für die Frage der Integration; es gibt aber nicht unbedingt mehr Partizipationschancen für Migrantinnen und Migranten, denn die Mitgliedschaft in Parteien, Gremien, etc. ist nach wie vor niedrig. Es gibt also strukturelle Barrieren für die Beteiligung. Zu fragen ist also: Diskutieren die Migrantinnen und Migranten in der Integrationsdebatte mit? Erreicht die Debatte diejenigen, über die gesprochen wird? In einer Arbeitsgruppe wurde über den „Integrationsdruck“ gesprochen, ob er die Menschen krank mache. Ich bezweifle dies, denn es ist ein altes Argument, das aber nicht belegt werden kann, wenn es auch im Einzelfall stimmen mag.

3. Auf der Veranstaltung wurden mehrere Begriffe thematisiert und z. T. belacht: „Migrationshintergründerin“, „Biodeutsche“, aber auch Hartmut Esser mit dem Begriff „Assimilation“ als systemtheoretischer Begriff für den auf der Tagung diskutierten Integrationsprozess. Begriffe haben eine wichtige Funktion in Debatten wie der heutigen, denn sie dienen der Klärung der Gedanken. Des Weiteren dienen sie der Bezeichnung von Menschen und Prozessen. Sie haben außerdem eine praktische Bedeutung für das Monitoring von Integration, denn Veränderungen, Fortschritte und Rückschritte im Integrationsprozess werden daran festgemacht. (So könnte der Ausländeranteil in Deutschland dramatisch gesenkt werden, wenn man eine Einbürgerungsoffensive startete und z. B. die doppelte Staatsangehörigkeit ermöglichte.) Eine Auseinandersetzung um Begriffe hat gegenwärtig mit politischer Korrektheit wenig zu tun, sondern bezieht sich auf die tatsächlich ablaufenden gesellschaftlichen Prozesse. Dies ist ebenfalls eine neue Entwicklung.
4. Ist die Wissenschaft nützlich für die Praxis, wie es das Ziel der Veranstaltung war? Diesen Widerspruch, der immer aufgemacht wird, wenn Wissenschaftler eingeladen werden, um Vorträge vor Praktikern zu halten, ist aus meiner Sicht ebenfalls mit Ja zu beantworten. Allerdings ist zu unterscheiden, um welche Praxis es sich handelt. Auf der Veranstaltung waren sowohl politische Praktiker, als auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Beratungsstellen speziell für Einwanderer und Flüchtlinge ebenso wie Vertreterinnen und Vertreter von „Mainstream-Einrichtungen“, z. B. von Kindergärten, Schulen usw., die nicht nur mit Migrantinnen und Migranten, sondern mit einer gemischten Klientel arbeiten. Diese „Praxis-Gruppen“ haben durchaus unterschiedliche Interessen an dem, was die Wissenschaft ihnen zu bieten hat. Hilfreich sind die heutigen Ausführungen sicherlich nicht direkt für diese jeweils unterschiedliche Praxis gewesen. Und Hartmut Esser war selbst ratlos in Bezug auf die Schlussfolgerungen, die aus seinen Befunden zu ziehen sind. Demnach können die vorgetragenen Gedanken und empirischen Ergebnisse dazu dienen, die inhaltliche Ausrichtung der eigenen Praxis sowie Entscheidungen über finanzielle Unterstützung und Investitionen zu begründen und die im jeweiligen Praxisfeld tätigen Akteure zu qualifizieren.

5. Schlussgedanken

Als Beobachterin sind mir im Laufe des Tages mehr Fragen als Antworten durch den Kopf gegangen:

- Heute wird Integration nicht mehr allein auf Bildungs- oder Sozialpolitik bezogen, sondern es ist kein Politikfeld mehr ausgenommen (vielleicht mit Ausnahme der Finanzpolitik).
- Die traditionelle Trennung in verschiedene Migrantengruppen ist obsolet geworden, vor allem die Unterscheidung zwischen Flüchtlingen und Arbeitsmigranten. Auch wenn sich dies im Nationalen Integrationsplan noch nicht widerspiegelt, haben die heutigen Diskussionen deutlich gezeigt, dass die Problemlagen und Herausforderungen für die Gesellschaft in Bezug auf alle Gruppen bestehen und es wenig sinnvoll ist, z. B. keine Deutschkurse für Flüchtlinge anzubieten, wenn diese doch nach einigen Jahren zu „Menschen mit Migrationshintergrund“ geworden sind.

- Wichtig scheint vor allem die Suche nach wirksamen politischen Instrumenten zu sein, die Integrationsprozesse fördern können. In diesem Zusammenhang hat besonders das Monitoring eine kontrollierende, die Wirksamkeit nachweisende Funktion.
- Die Rolle der Wohlfahrtsverbände wurde heute diskutiert und es wurde mehr als deutlich, dass diese gegenüber den staatlichen Stellen eine autonome Rolle wahrnehmen müssen. Nur so können sie eine kritische Position einnehmen und Diskussionen wie die heutige befördern.

Eine Nachbemerkung

Ich habe noch einige Bemerkungen zu meinem Verständnis von Integration gemacht, die aber nicht in die Dokumentation aufgenommen werden müssen, hingewiesen habe ich darauf, dass man Integration zum einen als einen individuellen Prozess nach der Einreise betrachten kann. Hierbei sei die alte Perspektive, die sich mit dem Generationenkonzept verbindet, durch die Wirklichkeit überholt worden. Typische Migrantenfamilien sind aus Menschen verschiedener Einwanderergenerationen zusammengesetzt, was mit der nach wie vor starken Heiratsmigration zusammen hängt. Daneben, und das war das Thema der Veranstaltung, wird Integration als gesellschaftlicher Prozess und als Zustand einer Gesellschaft verstanden. Entscheidend für mein Verständnis ist dabei die Chance auf Partizipation, d. h. die „Barrierefreiheit“ vor allem in den Institutionen der Gesellschaft. Eine integrierte Gesellschaft ist dazu in der Lage, friedliche Lösungen von Konflikten zu finden und sich solidarisch auch mit den schwächeren Gesellschaftsmitgliedern zu verhalten. Ich hänge der, von Nevim Cil als „Multikulturalismus“ bezeichneten, „alten“ Perspektive an. Mir ist es wichtig, Unterschiede zwischen den Menschen zu sehen, sie jedoch nicht ethnisch, sondern sozial zu begründen und auf die Beteiligung an der Gestaltung der Gesellschaft zu setzen. Um dies am Beispiel Sprache deutlich zu machen: Meines Erachtens ist es die Aufgabe der Gesellschaft, den Kindern eine sprachliche Bildung zu ermöglichen, die sowohl auf möglichst gute Deutschkenntnisse als auch Zweisprachigkeit als Ziel setzt. Es geht nicht um eine Alternative zwischen dem Lernen von Deutsch oder der Herkunftssprache, sondern es geht um das Nutzen der sprachlichen Ressourcen der Gesellschaft.

Kiel, 8. Januar 2010

Einladung zum Pressegespräch

Donnerstag, 14. Januar 2010, 14.00 Uhr, Wissenschaftszentrum Kiel

„Typisch deutsch“? Wie wird bei uns über Migration und Integration diskutiert? – ein kritische Bestandsaufnahme

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Werden Menschen mit einer Zuwanderungsgeschichte bei uns undifferenziert als integrationsbedürftig und bildungsfern betrachtet? Ein „Migrationshintergrund“ erscheint als problematisch und defizitär. Ist diese Diskussion „typisch deutsch“ und wie wird sie von den betroffenen Menschen aufgenommen?

Die Universität Kiel, die Wohlfahrtsverbände und der Flüchtlingsbeauftragte des Landes laden zu einer Tagung in Kiel ein, die sich mit diesen Fragen kritisch auseinandersetzt (Tagungsprogramm im Anhang).

Wir laden Sie herzlich zu der Tagung ein und bieten Ihnen in einem Pressegespräch eine Zusammenfassung der Diskussion:

Donnerstag, 14. Januar 2010 um 14.00 Uhr

im Wissenschaftszentrum Kiel in der Frauenhofer Straße 13

Ihre Gesprächspartner:

Prof. Dr. Hartmut Esser, Universität Mannheim

Georg Falterbaum, Vorsitzender der LAG der freien Wohlfahrtsverbände

Wulf Jöhnk, Flüchtlingsbeauftragter des Landes Schleswig-Holstein

Prof. Dr. Uta Klein, Institut für Sozialwissenschaften, Universität Kiel

Prof. Dr. Dietrich Thränhardt, Universität Münster

Von den Mythen der Integration

Fachtagung nimmt
Diskussion über
Migranten unter die Lupe

Kiel - In Deutschland wird viel über Integration geredet. Doch wie geschieht das? Auf diese Frage gaben Experten gestern während einer Fachtagung in Kiel überraschende Antworten: Diskussion und politisches Handeln sind von Mythen gekennzeichnet. Vor allem: Die Haupthindernisse der Integration werden nicht angepackt.

Die Universität Kiel, die

Wohlfahrtsverbände und der Flüchtlingsbeauftragte des Landes, Wulf Jöhnk, hatten eingeladen, weil sie die gegenwärtige Diskussion mit gemischten Gefühlen sehen. Denn einerseits sei der öffentliche Diskurs zu begrüßen, andererseits würden dabei Migranten vorwiegend als einheitliche Gruppe gesehen, die bildungsfern, integrationsbedürftig und allein durch ihre Herkunft mit Problemen behaftet sei. Das Wort Migrant werde meist gleichbedeutend mit defizitär benutzt. „Zudem wird Migrationshintergrund zunehmend mit Is-

lam, ja sogar mit Islamismus gleichgesetzt. Die Debatte wird also regionalisiert, der Islam für Konflikte und Aufstiegsmisserfolge verantwortlich gemacht“, kritisierte die Kieler Sozialwissenschaftlerin Prof. Uta Klein.

Der Migrationssoziologe Prof. Hartmut Esser von der Universität Mannheim brachte wahrscheinlich viele der 170 Teilnehmer ins Grübeln. „Die Gesellschaft muss sich nur öffnen und die Migranten anerkennen, dann ist Integration problemlos. Das zeigt Kanada.“ „Muttersprachlicher Unterricht fördert die In-

tegration ebenso wie Deutschkurse und Integrationskurse.“ „Das gegliederte Schulsystem ist besonders schädlich für Migrantenkinder.“ Für Esser sind das alles „Integrationsmythen, deren Richtigkeit nirgendwo nachgewiesen ist“. Hingegen sprächen bisher alles dafür, dass Integration wirksam sei, wenn sie im frühen Alter ab zwei Jahren stattfindet. Deshalb sei eine Kinderbetreuung in sozial und ethnisch gemischten Gruppen notwendig. „Wer hier am Anfang das Geld einsetzt, muss nachher nicht ein Vielfaches für Repa-

raturversuche hinauswerfen“, resümierte Esser.

Auch für den Politikwissenschaftler Prof. Dietrich Thränhardt von der Universität Münster geht es bei der Integrationsdiskussion zu sehr um symbolische Maßnahmen. Die wahren Integrationsprobleme seien der Rückgang der Einbürgerungen, die rückläufige Ausbildungsbeteiligung von Migranten und die sinkende Beteiligung an Vollzeit-arbeitsplätzen bei der türkischstämmigen Bevölkerung. Bildung, Ausbildung, Arbeit – darüber sei Integration möglich. stü

epd-Meldung

Hartmut Schulz epd-nord An: presse

19.01.2010 12:47

lep005 4 pl 97 vvvvh epd 100115008

Ausländer/Migration

Migranten: Integration muss im Alter von zwei Jahren beginnen

Kiel (epd). Die gesellschaftliche Integration von Migranten ist besonders dann wirksam, wenn sie bereits im frühen Kindesalter ab zwei Jahren beginnt. Deshalb sei eine Betreuung etwa in Kindertagesstätten in sozial und ethnisch gemischten Gruppen in Deutschland flächendeckend notwendig. Diese These hat der Migrationssoziologe Prof. Hartmut Esser von der Universität Mannheim auf einer Fachtagung der freien Wohlfahrtsverbände in Kiel vertreten, teilte ein Sprecher am Freitag mit.

Es sei sinnvoll, hier am Anfang das Geld einzusetzen, sagte Esser weiter. Dann müsse nicht später ein Vielfaches für «Reparaturversuche» ausgegeben werden. Auf dem Fachkongress nahmen 170 Migration-Experten teil.

epd hs sh
150846 Jan 10



Abschluss der Fachtagung